

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 48.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 24. bis 30. November 1911.

Posen, den 5. Dezember 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 270 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. November 1911:**Erklärung.**

Seit Beginn des Sommers wurden Kompromißverhandlungen in Sachen der Wahlen im Großherzogtum zwischen den nationaldemokratischen Verein und dem Bürgerkasino als der Organisation der konservativen Elemente gepflogen. Die Verhandlungen haben jetzt ihr Ende erreicht.

Durch gemeinsames Protokoll haben die Vertreter der beiden Organisationen am 24. d. Mts. festgestellt,

daß der demokratisch-nationale Verein und das Bürgerkasino mit den Kandidaturen der bisherigen Abgeordneten in 8 Wahlkreise einverstanden sind,

daß sie außerdem im Wahlkreise Wirsiß-Schubin = Żnin die Kandidatur des Propstes Kurzawski aus Pakosch und im Wahlkreise Hohenfalza = Mogilno = Strelno die Kandidatur des Rechtsanwalts Herrn v. Trompczynski aus Posen unterstützten,

daß es hingegen in Sachen des Wahlkreises Krotoschin = Koschmin, wo Kandidat des demokratisch-nationalen Vereins Herr Dr. Anton Chlapowski aus Posen und Kandidat des Bürgerkasinos Herr Kasimir von Lipski aus Gorzno zu keiner Verständigung gekommen sei.

Wenngleich wir bedauern, daß ein Wahlkreis ausgeschlossen wurde, so meinen wir, daß das Kompromiß trotzdem einen wichtigen Schritt vorwärts bedeutet in der Entwicklung unserer inneren politischen Verhältnisse, daß es einen Fortschritt unserer politischen Kultur bedeutet. Es war die Absicht des demokratisch-nationalen Vereins, mit dem Kompromiß alle Wahlkreise des Großherzogtums ohne Ausnahme zu umfassen. Darum halten wir es für unsere Pflicht, im jetzigen Moment der Volksgemeinschaft die Ursachen vorzutragen, wegen deren wir in Übereinstimmung mit dem in der Versammlung des demokratisch-nationalen Vereins vom 22. d. Mts. eingenommenen Standpunkt mit der Forderung des Bürgerkasinos bezüglich des Wahlkreises Krotoschin-Koschmin nicht einverstanden sein konnten.

Wir verwahren uns vor allem dagegen, daß der demokratisch-nationale Verein etwas gegen die Person des Kandidaten Herrn v. Lipski hätte, ebenso wie übrigens auch das Bürgerkasino von Anfang der Ver-

handlungen an mit der Person des Kandidaten Herrn Dr. A. Chlapowski einverstanden gewesen ist.

Das Bürgerkasino tritt mit der Kandidatur des Herrn v. Lipski hervor, als mit der Kandidatur eines berufsmäßigen Landwirts. Unsere Organisation begreift völlig, daß die Reichstagsfraktion in ihrer Mitte gereifte Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen haben muß. Bei der letzten Reichstagsergänzungswahl im Wahlkreise Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel hat unsere Partei der Kandidatur des Herrn Franz v. Morawski, eines Vertreters der Agrarkreise, zum Siege verholfen. Wir meinen nun nicht, daß der erwähnte oder die übrigen seiner Kollegen aus den agrarischen Kreisen mit der Landwirtschaft und mit den Landwirten so wenig Fühlung haben sollten, um sich nicht hinlänglich in die Interessen der Landwirtschaft hineinzuversetzen und diese Interessen nicht hinlänglich zu verteidigen in der Lage zu sein. Wir haben die einschlägigen Abgeordneten sowohl aus dem Großherzogtum, als auch aus Westpreußen im Auge. übrigen hat sich der demokratisch-nationale Verein schon von Anfang an bereit erklärt, die Kandidatur des Herrn v. Lipski, eines Landwirts vom Fach, zu unterstützen, aber im Wahlkreise Gnesen-Witkowo-Wongrowitz, auf welchen das Bürgerkasino selbst hingewiesen, und auf den man sich gleich in der ersten Sitzung der Kompromißkommissionen geeinigt hatte. Damals war aus der öffentlichen Erklärung bekannt, daß der Abgeordnete v. Grabski nicht weiter zu kandidieren beabsichtige, sondern sich im Gegenteil aus dem öffentlichen Leben zurückziehen beabsichtige. Das Bürgerkasino drückte den Wunsch aus, die Demokraten möchten mit der Kandidatur des Herrn v. Lipski für diesen Wahlkreis einverstanden sein, wobei sie ihrerseits die Bereitschaft anboten, mit einer demokratischen Kandidatur im Kreise Hohenfalza-Mogilno-Strelno einverstanden sein zu wollen. Der demokratisch-nationale Verein ging ohne Vorbehalt auf diesen Vorschlag ein. Einige Monate hindurch tat jedoch das Bürgerkasino nichts, um für seine Kandidatur im Wahlkreise Gnesen-Witkowo-Wongrowitz den Boden vorzubereiten. Hier liegt die Ursache des jetzigen Konflikts um ein Mandat.

Wenn man der Kandidatur des Herrn v. Lipski im Wahlkreise Gnesen-Witkowo-Wongrowitz den Weg gebahnt hätte, so wäre das keine Inloyalität gegenüber dem Abgeordneten v. Grabski gewesen, denn dieser hatte damals tatsächlich nicht die Absicht, zu kandidieren. Es bildete sich indes eine derartige Situation heraus, daß der Verzicht des Abgeordneten v. Grabski bestand, aber noch keine Grundlagen für die Kandidatur Lipski vorhanden waren. Unter den Landwirten des Kreises

Wongrowitz entstand das Projekt, die Kandidatur Janta-Polczynski aus der Kaschubei in den Wahlkreis Gnesen-Wittowo-Wongrowitz zu übertragen. Den Landwirten des Kreises Wongrowitz folgten die des Kreises Wittowo, die Kandidatur Lipski aber blieb beiseite. Als gegen die Herren v. Janta-Polczynski im Kreise Gnesen die Opposition einsetzte und verlautete, der Abgeordnete v. Grabzki wäre gleichwohl bereit, sich für erneutes Kandidieren zu entscheiden, da erklärte das Bürgerkasino im Oktober in der zweiten Sitzung der Kompromißkommissionen, es trete von der Kandidatur Lipskis zurück, der ursprünglich nicht zu kandidieren beabsichtige. Die Vertreter des demokratisch-nationalen Vereins hoben, wenngleich die Kandidatur Grabzki ihnen sympathischer war, hervor, der Verein werde, sofern das Bürgerkasino auf der Kandidatur Lipski bestehe, dennoch seinen Verpflichtungen loyal halten.

Da trat im Oktober das Bürgerkasino, anstelle der Zurückziehung der Kandidatur Lipski zu Gunsten der mehr links stehenden Kandidatur Grabzki mit dem Wunsche hervor, der demokratisch-nationale Verein möchte für den Wahlkreis Hohensalza-Mogilno-Strelno keine ausgesprochene Parteikandidatur, sondern eine Kompromißkandidatur empfehlen. Der Eintracht halber ging der demokratisch-nationale Verein darauf ein, und er bahnte mit Hilfe einer bedeutenden vorbereitenden Arbeit der Kandidatur des Herrn v. Trompczynski den Weg, obwohl in Kujawien die Stimmung für eine radikalere und lokale Kandidatur vorwog. Der Verein unterzog sich der Arbeit zu Gunsten der Kandidatur Trompczynski mit Bereitschaft und voll Anerkennung für die Qualifikationen des Genannten; wir heben aber die Anstrengung der Organisation hervor, um die Geneigtheit des demokratisch-nationalen Vereins zur Eintracht darzutun.

Gleichzeitig erklärte der Abg. Dr. v. Trzcinski, ein Mitglied unserer Organisation, definitiv, er lege das Krotoschin-Koschminer Mandat nieder. Man hat damit schon in der Versammlung der Kompromißkommissionen im Oktober gerechnet. Die demokratischen Elemente in diesem Wahlkreise sprachen sich für die Kandidatur des Herrn Dr. Anton Chlapowski aus. Das teilten die Vertreter des demokratisch-nationalen Vereins dem Bürgerkasino in der dritten Sitzung der Kompromißkommissionen Mitte November mit. Indes trat das Kasino mit dem Wunsche hervor, der demokratisch-nationale Verein möchte seine Kandidatur aus diesem Wahlkreise zurückziehen und mit der Kandidatur Lipski einverstanden sein. Soweit konnte der demokratisch-nationale Verein in seinen Zugeständnissen absolut nicht mehr gehen. übrigen war die Zeit schon zu sehr vorgeschritten. In verschiedenen Wahlkreisen hatten wir bereits auf dem Boden der ursprünglichen Kompromißgrundlagen gearbeitet; im Wahlkreise Krotoschin-Koschmin aber hatten sich nicht allein unsere Anhänger schon zu Gunsten des Herrn Dr. Chlapowski engagiert, sondern es neigte sich nach dieser Richtung hin sogar schon die Meinung der außerhalb unserer Partei stehenden Kreise. Der demokratisch-nationale Verein vermochte sich in der vorgerückten Zeit den bereits im Wahlkreise bekundeten Wünschen nicht mehr zu widersetzen, auch konnte er das Kompromiß nicht mit einem so ausgesprochenem Verlust erkaufen. So haben denn auch die Vertreter des demokratisch-nationalen Vereins in der dritten Sitzung der Kompromißkommissionen, sowie auch eine Woche später in der vierten Sitzung erklärt, daß der Verein auf keinen Fall von der Kandidatur Chlapowski zurücktreten könne.

In der Hauptversammlung des demokratisch-nationalen Vereins am 22. d. Mts. trat die starke Ansicht zutage, daß man angesichts der Forderung des Bürgerkasinos betreffs des Krotoschin-Koschminer Man-

dats eigentlich das ganze Kompromiß für gescheitert halten müsse. Es siegte jedoch die Meinung, es gelte, sich für die Beschränkung des Kampfes auf den Wahlkreis Krotoschin-Koschmin zu entscheiden dem Grundsatz der Eintracht, der Kompromißidee zuliebe. Darum empfehlen wir auch allen Anhängern unserer Bewegung im Großherzogtum, mit Ausnahme des Wahlkreises Krotoschin-Koschmin, alle Kompromißkandidaturen, sowohl die demokratischen, als auch die konservativen, also die Kandidaturen Grabzki, Kurzawski, Mielzynski, Morawski, Niegolewski, Nowicki, Radziwill, Wl. Seyda, Stychel und Trompczynski zu unterstützen. Die Anhänger der demokratisch-nationalen Bewegung im Wahlkreise Krotoschin-Koschmin aber fordern wir auf, in ernster, aber entschiedener und energischer Weise der Kandidatur des Herrn Dr. Anton Chlapowski zu unterstützen.

Vorstand und Wahlkommission des demokratisch-nationalen Vereins.

B. v. Chrzanowski, Vorsitzender.
Stefan Chociszewski, stellv. Vorsitzender.
Dr. Wl. v. Mieczkowski, Schriftführer.
K. Rzepecki, Schatzmeister.
K. Krajna.
Dr. M. Seyda

Aus Nr. 268 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 24. November 1911:

Wir erfahren, daß das Wahlkompromiß zwischen dem hiesigen Bürgerkasino und der Nationaldemokratie bezüglich des Wahlkreises Krotoschin-Koschmin zerrissen worden ist. In diesem Wahlkreise werden die Nationaldemokraten die Kandidatur des Dr. Anton Chlapowski aus Posen, dagegen die im Kasino zusammengeschlossenen Elemente Herrn Kasimir v. Lipski-Gorzno unterstützen. Das Zerreißen des Kompromisses ist zunächst nur bezüglich des oben genannten Wahlkreises eingetreten. Es ist jedoch nicht die Möglichkeit ausgeschlossen, daß das Kompromiß auch in andren Wahlkreisen beseitigt werden wird. Natürlich wäre ein solches Ergebnis der ersten unter unseren Verhältnissen unternommenen Aktion, welche den Zweck hat, eine Verständigung zwischen den politischen Parteien herbeizuführen, zu bedauern.

Aus Nr. 269 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. November 1911:

Wir erfahren, daß sehr ernste Aussichten bestehen, das Wahlkompromiß in allen Wahlkreisen des Großherzogtums Posen mit alleiniger Ausnahme des Wahlkreises Krotoschin-Koschmin aufrecht zu erhalten. Natürlich müßte die Beschränkung des Wahlkampfes auf einen Wahlkreis mit Anerkennung begrüßt werden.

Herr Boleslaus Kasprovicz hat uns eine Erklärung zugehen lassen, in welcher er bemerkt, er ziehe zunächst seine Kandidatur zurück, da er keine Anregung bieten wolle zu weiteren Argernissen erregenden Kämpfen und gegebenenfalls zur Sezession. Dieser wahrhaft bürgerliche Schritt des Herrn Kasprovicz verdient allgemeine Anerkennung.

Aus Nr. 268 des Kurjer Poznanski (Posen)
vom 24. November 1911:

Die Hauptversammlung des demokratisch-nationalen Vereins

eröffnete gestern um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr im alten Bazarfaal in Anwesenheit von etwa 150 Mitgliedern der Organisation, darunter einige Abgeordnete, Herr C. v. Chrzanowski. Zum Verhandlungsleiter wurde der Abg. Nowicki gewählt. Nach Bildung des Bureau und Einladung der Abgeordneten auf die Estrade nahm das Wort Herr K. Krajna, um in Vertretung des verreisten Herrn Dr. Wl. v. Mieczkowski den Bericht des Schriftführers zu erstatten. Es geht aus ihm hervor, daß der Vorstand und der Haupttrat im Berichtsjahre je acht Sitzungen abgehalten haben. Der Vorstand befaßte sich mit Verwaltungs- und organisatorischen Angelegenheiten und bereitete die Sitzungen des Haupttrats vor. Über die Arbeiten des Haupttrats werde der politische Referent sprechen. Die Zahl der Hauptratsmitglieder betrage 39, darunter 16 aus der Stadt und 23 aus der Provinz, sowie aus fernerer Gegenden.

Den Kassen- und Organisationsbericht erstattete Herr K. Rzepecki. Zu Beginn des Berichtsjahres habe der Bestand 853,96 Mk. betragen. Die Einkünfte aus Beiträgen beliefen sich in dem Jahre auf 1340,83 Mk. Einige Duzend Mitglieder seien mit den Beiträgen noch im Rückstande. Die Kapitalszinsen betrugen 19,75 Mk., die Gesamteinnahmen somit 2214,54 Mk. Da die Ausgabe 485,57 Mk. betragen habe, verbleibe ein Bestand von 1728,97 Mk.

Im Großherzogtum sei die Organisation stark in den nachstehenden Kreisen: Gostyn, Jarotschin, Hohen-salza, Krotoschin, Koston, Nitrowo, Schildberg, Posen Stadt, Ost und West, Schrimm, Schroda und Breschen. In Westpreußen, in Schlesien und unter dem Emigrantentum habe die Organisation eine Anzahl Vertrauensmänner. Die Organisation zähle insgesamt fast 500 Mitglieder; seit der letzten Hauptversammlung seien somit etwa 300 hinzugekommen. Von jener Zahl von 500 Mitgliedern entfielen etwa 100 auf die Berufsintelligenz und verwandte Berufe, fast 100 auf den Kaufmannsstand, 100 und einige auf das Handwerk, zwischen 100 und 200 auf die Arbeiterschichten, der Rest auf die Landwirtschaft. Referent beklagt sich, daß man in der Organisation einigen Personen zuviel Arbeit aufbürde, während die Mitglieder in manchen Kreisen keine Initiative und Mithrigkeit zeigten.

Auf Antrag des Verhandlungsleiters erheben sich die Anwesenden zu Ehren der verstorbenen Mitglieder Lipinski, Heyman und Markiewicz, alle drei aus Schrimm, von den Plätzen.

Herr Tucholski beantragte im Namen der Revisionskommission Entlastung für den Schatzmeister. Sie wurde erteilt.

Sodann hielt Herr Dr. M. Seyda ein politisches Referat folgenden Inhalts:

Dem Jahre 1910 haben bei uns die unangenehmen Vorgänge bei den Reichstags-Ergänzungswahlen im Wahlkreise Posen ein heißes Mal aufgedrückt. Im Haupttrat des nationaldemokratischen Vereins herrschte die Ansicht, das Wohl der Volksgemeinschaft heiße, daß das politische Schiff in unseren inneren Verhältnissen so gesteuert werde, daß die Leidenschaften gelindert würden und auf die Volksgemeinschaft möglichst beruhigend eingewirkt werde. Unter diesem Zeichen fanden auch im Herbst des Vorjahres die Landtags-Ergänzungswahlen im Wahlkreise Schroda-Schrimm-Breschen statt, wo der nationaldemokratische Verein die Kandidatur des Herrn v. Traupczynski empfahl, die auch einträchtig durch-

geführt wurde. Friedliche Absichten hatte der Verein auch bei den Landtagsergänzungswahlen im Wahlkreise Krotoschin-Koschmin-Bleschen-Jarotschin. Beweis hierfür ist die Tatsache, daß die Organisation den Prälaten Laubitz als Kandidaten aufgestellt wissen wollte, der jedoch eine Kandidatur nicht annahm. Da erklärte sich die Organisation für die radikalere, aber mehr populäre Kandidatur des Propstes Kurzawski. Infolge vorübergehender Mißverständnisse zwischen den Kandidaten und der geistlichen Behörde kam es auch im Wahlkreise zu Mißverständnissen und darüber hinaus überhaupt zu Reibungen mit dem Nationalbund. Einer der Leiter desselben, Prof. Karowski, war Gegenkandidat. Es siegte Pfarrer Kurzawski. Im übrigen war die Tätigkeit des Haupttrats auf den Ausbau der Organisation und auf die Vorbereitung des Bodens für zwei wichtige Aktionen gerichtet: die Getreidezölle und die Reichstagswahlen. Außen diesen Hauptarbeiten wurde eine Reihe minder verwickelter Fragen erledigt, darunter folgende:

Der Haupttrat erklärte sich im Prinzip für die Schaffung eines Nationalrats, aber unter der Bedingung, daß der Nationalrat nicht mit dem Zentralkomitee identifiziert werde, daß er sich vielmehr auf die Grundlage der politischen Organisationen stütze, welche unmittelbaren Einfluß auf die Richtung unserer nationalen Politik auszuüben beabsichtigten, also vor allem auf die Grundlage der parteipolitischen Organisationen, weiter auf die Grundlage der Vertreterschaft der Abgeordnetenfraktionen und der Presse unter der Leitung des Zentralkomitees.

Der Haupttrat besprach speziell das Verhältnis des nationaldemokratischen Vereins zu den Abgeordneten und kam zu der Ansicht, daß der Verein den Abgeordneten, welche seine Mitglieder seien, bindende Aufträge bezüglich der einzelnen taktischen Schritte in Reichs- und Landtag nicht aufdrängen könne. Die demokratisch-nationalen Abgeordneten haben sich jedoch in der parlamentarischen Politik von den Grundsätzen des Programms der nationaldemokratischen Partei leiten zu lassen und im Geiste dieses Programms auf die Richtung der Politik der Fraktionen einzuwirken, ebenso im Geiste der prinzipiellen Beschlüsse des Haupttrats. Schließlich gab der Haupttrat dem Wunsche Ausdruck, daß die nationaldemokratischen Abgeordneten im Einverständnis miteinander und einmütig handeln möchten.

Als in Bromberg auf den Grundsätzen des demokratisch-nationalen Vereins, aber ohne Mitwirkung unserer Organisation die nationale Volkspartei gegründet wurde, da erklärte der Haupttrat sich gegen die Schaffung eines ständigen gemeinsamen organisatorischen Bandes und für eine eventuelle Verständigung mit der nationalen Volkspartei in wichtigen Angelegenheiten von Fall zu Fall. Die nationale Volkspartei organisiert sich in den Nordmarken des Großherzogtums und in Westpreußen, woselbst wir uns fürs erste mit Vertrauensmännern begnügen.

Auf die Angelegenheit der Agrarzölle übergehend muß bemerkt werden, daß das Bürgerkafino, das sich aus einem geselligen in einen politischen Klub mit konservativer Richtung umgestaltet hat, sich ganz am Anfang des laufenden Jahres an den Haupttrat des demokratischen Vereins mit dem Vorschlag gewendet hat, jede dieser beiden Organisationen möchte eine Kommission delegieren zwecks gemeinsamer Besprechung der Zollfrage. Unsere Kommission äußerte die Ansicht, daß die Zollfrage in erster Linie ein wirtschaftliches Problem sei, daß mithin das entscheidende Wort in dieser Sache die sozialwirtschaftlichen Organisationen haben sollten. Die Sache wurde auch in sozialwirtschaftliche Bahnen gelenkt. Es fand eine Reihe von

Beratungen von Faktoten statt, die vor allem auf sozialwirtschaftlichem Gebiet tätig sind, und auch von Vertretern der politischen Organisationen und der Presse, — die letzte Beratung unter Mitbeteiligung des Zentralkomitees.

Kedner charakterisiert im Einzelnen den Verlauf jener Konferenzen, in denen überall die Ansicht überwog, daß in der Frage der Zölle beiderseitiges Maßhalten und Einigung auf einem mittleren Standpunkt sich empfehle. Alle ernstesten Faktoren warnen davor, den Keil der sozialen Zwietracht in die Volksgemeinschaft hineinzutreiben, welcher die Volksgemeinschaft in zwei in ihrem sozialen Haß unversöhnliche Lager zerklüften würde. Das wäre eine nationale Niederlage.

Auch in Sachen der Reichstagswahlen wandte sich das Bürgerkasino bei Beginn des Sommers an den Haupttrat des demokratisch-nationalen Vereins mit dem Vorschlag, daß Kommissionen aus der Mitte der beiden Organisationen die Sache besprechen sollten. Der Haupttrat war im Prinzip damit einverstanden. In der ersten Sitzung der Kommissionen wurde hervorgehoben, daß es sich einerseits um die Aufrechterhaltung des Friedens im Lande, andererseits darum handle, die Wahlen so zu leiten, daß aus ihnen, soweit neue Kräfte in Rechnung kommen würden, Persönlichkeiten hervorgingen, die fähig wären, das Gleichgewicht in der Fraktion zu stärken. Man war damit einverstanden, daß der bisherige Besitzstand in den Wahlkreisen der Abgeordneten Nowicki, Dr. v. Miegolewski, Bl. Seyda, Prälat Stychel, Dr. v. Trzeinski, v. Morawski und Fürst Radziwill gewahrt werden sollte. Die Kandidatur des Abg. Grafen Mielzynski hielt man in dem bedrohten Wahlkreis Samter-Obornik aufrechtzuerhalten für angezeigt. Sollte diese Kandidatur aus den oder jenen Gründen fortfallen, dann sollten die Demokraten in diesem Wahlkreis mit einer konservativen Kandidatur einverstanden sein. Dafür sollten die Konservativen die Kandidatur Kurzawski im Wahlkreis Wirsiß-Schubin unterstützen, zu deren Gunsten sich bereits überwiegend die dortigen leitenden Wahlfaktoren, unabhängig von dem Unterschied der politischen Überzeugungen erklärt hatten. Der Wahlkreis Gnesen-Witkowo-Wongrowitz, in welchem der Abg. v. Grabzki bereits auf die Kandidatur verzichtet hatte, ist in seiner Mehrheit konservativ; daher sollten die Demokraten mit einem konservativen Kandidaten einverstanden sein. In Kujawien hingegen, wo die Konservativen keinen Einfluß haben, sollte eine demokratische Kandidatur aufgestellt werden. Bezüglich der Personen der neuen Kandidaten beschloß man, die Meinung in den betreffenden Wahlkreisen zu ergründen, im Prinzip war man hingegen mit der demokratischen Kandidatur des Dr. A. Chlapowski aus Posen und mit der konservativen Kandidatur des Herrn v. Lipski-Gorzno einverstanden.

Das war die Kompromißgrundlage. Der Haupttrat beriet mehrfach hierüber, und er war schließlich einmütig damit einverstanden. Zu ihren Gunsten stimmten am Ende auch die, welche ursprünglich prinzipielle Gegner des Kompromisses gewesen waren.

Indessen traten im Wahlkreise Gnesen-Witkowo-Wongrowitz Änderungen ein. Einerseits trat die Kandidatur des Abg. v. Janta Polczynski-Zabiczyn zu Tage, andererseits wurde Opposition dagegen laut, und es verlautete, der Abg. v. Grabzki sei gleichwohl bereit, von neuem zu kandidieren. Angesichts dessen zogen im September in der Beratung der Kompromißkommissionen die Vertreter des Kasinos ihre Kandidatur Lipski zurück. Die Demokraten heben hervor, daß die Konservativen das aus freien Stücken täten. Die Konservativen äußerten den Wunsch, die Demokraten möchten in Kujawien ein Zugeständnis machen und

dort auf eine ausgesprochene Parteikandidatur zugunsten einer Kompromißkandidatur verzichten. Die Kommission aus der Mitte des demokratisch-nationalen Vereins stellte die Schwierigkeit der Situation in Kujawien dar und erklärte, sie werde alles Mögliche tun, aber die Entscheidung werde schließlich von der Verständigung mit den maßgebenden Faktoren in Kujawien abhängen. Diese Verständigung erfolgte. Es zeigte sich wieder die Schwierigkeit der Situation, denn die Stimmung in Kujawien war überwiegend für eine radikale und lokale Kandidatur. Ungeachtet dessen wurde dank den energischen Bemühungen der demokratischen Faktoren in Kujawien der Kompromißkandidatur des Abg. v. Trompczynski der Weg gebahnt übereinstimmend mit dem Wunsche des Kasinos, welches übrigens zugab, daß es in Kujawien keinen Einfluß besitze.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung der Verhältnisse verzichtete der Abg. Dr. v. Trzeinski auf das Krotoschin-Koschminer Mandat. Seitens der leitenden Faktoren in diesen Kreisen begann man die Kandidatenfrage zu besprechen, und man machte auf Herrn Dr. A. Chlapowski aufmerksam. Es schien, als werde die Frage sich glatt lösen, als Mitte November die Kasinokommission mit einem neuen Wunsche hervortrat, daß nämlich die Demokraten das Krotoschin-Koschminer Mandat den Konservativen abtreten möchten, und zwar zu Gunsten des Herrn v. Lipski. Damit konnte die nationaldemokratische Kommission nicht mehr einverstanden sein, und sie erklärte, die Demokraten hätten bisher alle Wünsche des Kasinos berücksichtigt, sie würden aber die Kandidatur Chlapowski nicht zurückziehen, um so weniger, als man sich im Wahlkreise bereits für sie engagiert habe.

Auf diese Weise kam die Verständigung bezüglich des Wahlkreises Krotoschin-Koschmin zu Falle. Ob der Kampf lokalisiert werden, oder ob das ganze Kompromiß zu Falle kommen wird, das wird sich dieser Tage entscheiden. Jedenfalls müssen die demokratischen Reihen überall in Bereitschaft stehen. Der nationaldemokratische Verein wünschte und wünscht sich auch heute den Kampf nicht, er wird ihn aber energisch führen, wenn die Verhältnisse ihn dazu nötigen werden.

In Sachen der Wahlen hat sich an den Haupttrat auch der Nationalbund gewendet. Der Haupttrat hat einen ablehnenden Bescheid gegeben; denn die Einladung zu einer Konferenz lief ein, als unsere Verhandlungen mit dem Kasino, welche dem Haupttrat Verpflichtungen auferlegten, schon seit Monaten geführt wurden. Übrigens konnte der Haupttrat nicht auf die Einladung einer Organisation reagieren, deren Organ gleichzeitig den nationaldemokratischen Verein in verletzender Weise angriff und vor allem von Anfang an dem nationaldemokratischen Verein als politischer Partei die Existenzberechtigung bestritten hatte.

In Westpreußen ist die Wahlsituation noch nicht definitiv geklärt. In Ermland und Masuren wird die Volksgemeinschaft ohne Aussicht auf Erfolg kämpfen. In Oberschlesien unterliegt es heut keinem Zweifel mehr, daß kandidieren werden die Herren Korfanty, Dombek, Wajda, Brandys, Kuzka und Banas — dieser ohne Chancen. Unentschieden ist noch die Frage der Kandidaturen der Pfarrer Jankowski und Pospiech, sowie der Herren Dr. Hager und Dr. Hante. Unsere Anhänger halten die Kandidatur des Abg. Korfanty in dem bedrohten Wahlkreise Ratowiz-Jabrze für risikant. Am entsprechendsten wäre dort eine Kandidatur aus Arbeiterkreisen, aber der Abg. Korfanty will in keinem anderen Wahlkreise kandidieren, obwohl hierzu in Beuthen-Tarnowiz Gelegenheit geboten war, wo der, zweite Katolik-Redakteur Herr Dombek, vorgeschoben wurde. In Schlesien können wir diesmal unter

günstigen Bedingungen acht Mandate erobern, also zwei mehr, als beim vorigen Male. Dafür sind im Großherzogtum zwei Mandate bedroht, in Westpreußen eins.

Die Diskussion betraf zunächst die Angelegenheit der Agrarzölle. Es sprachen die Herren L. Krause, B. v. Chrzanowski, Dr. A. Chlapowski, Sabiniewicz, Stolpe, Biechowski-Kattowitz, Kosmicki, Korez, Redakteur Marweg, Dr. Bolewski-Krotoschin, Redakteur Polzwiniski-Hohenfalza und Dr. M. Seyda. Manche Vertreter der Arbeiter und Handwerkerschichten aus Posen und Umgegend traten scharf gegen die Zölle auf, andre milder. Im Resultat ging die Stimmung — besonders nach den Reden der Mitglieder aus der Provinz — dahin, Extreme zu meiden und aus der Zollfrage keine Wahllosung zu machen.

In Sachen der Reichstagswahlen sprachen die Herren Rzepecki, Marweg, Kosmicki, Dr. Bolewski-Krotoschin, Redakteur Leitgeber, Redakteur Polzwiniski aus Hohenfalza, St. Rowinski-Ostrowo, Abg. Nowicki und Dr. Marian Seyda. Die Redner lassen sich über das Kompromiß ausstellen die Situation in den einzelnen Wahlkreisen dar sind für eine entschiedene Haltung unserer Bewegung im Wahlkreise Krotoschin — Koschmin und solidarisieren sich mit dem Haupttrat mit der Erklärung, es gelte überall Wachsamkeit zu beobachten und den Kampf dreist zu führen, wenn ihn die gegnerische Seite wünschen werde. Der Verlauf der Diskussion zeigt die Eintracht und Geschlossenheit der Organisation.

Über das Wahlregulativ referiert Herr R. Rzepecki, indem er dessen fehlerhafte Seiten darlegt. Auf Antrag des Referenten nimmt die Versammlung einstimmig eine Resolution an, die sich gegen das System der indirekten Wahl im jetzigen Reglement wendet und sich für Vermehrung der Delegiertenzahl und Abhängigmachung derselben von der Zahl der in den betreffenden Kreisen abgegebenen polnischen Stimmen ausspricht.

Aus dem Haupttrat schieden infolge Auslosung 13 Mitglieder. Sie werden wiedergewählt und noch einige hinzugewählt. Hier die Namen beider Gruppen: Dr. Anton Chlapowski, Rubiat-Zabikowo, Dr. Matuszewski-Schrimm, Abg. Nowicki, St. Offierski, R. Rzepecki, Dr. Kostek-Ratibor, Rechtsanwalt Katakajski, Dr. Rydzewski, Spalkowski-Hohenfalza, J. Tucholski, Wosiwodzki-Gostyn, Stolpe, Redakteur Marweg, W. Pokrywka-Winiary, Saborski-Kosten, Ziarniak-Stralkowo, Dr. Krzyminski-Hohenfalza, Dr. Bialy-Rybnik und Dr. Krzyzankiewicz-Königshütte.

In der freien Aussprache traten einige Redner gegen die Insinuation der Gazeta Grudziödzka auf, welche die Nationaldemokratie die „polnische Freimaurerei“ genannt hatte. Auf Antrag eines der Redner aus dem Volke beschließt die Versammlung eine Resolution, welche die Kampfesweise der Gazeta Grudziödzka als unwürdige Insinuation verdammt.

Nach einigen weiteren Ansprachen betreffend geringfügigere Fragen schließt der Versammlungsleiter die Versammlung gegen $\frac{1}{2}$ 8 Uhr.

Aus Nr. 268 des Lech (Gnesen)
vom 22. November 1911:

Rasprowicz oder Grabski?

Politische Diskussion des Herrn Peter mit Herrn Ignaz.

Peter: Guten Tag, Ignaz, gut daß ich dich treffe, denn ich bin auch auf dem Wege zu dir, um dich zu fragen, weshalb du in der letzten Versammlung für Herrn Grabski gestimmt hast.

Ignaz: Und ich frage dich dagegen, weshalb du für Rasprowicz gestimmt hast. Wenn ich nämlich zwischen Grabski und Rasprowicz zu wählen habe, dann ziehe ich Grabski vor.

Peter: Wie verblendet bist du, mein lieber Ignaz, daß du nicht verstehen kannst, daß Grabski nichts wert ist, während Rasprowicz ein Leben voller Verdienste um die polnische Volksgesamtheit hinter sich hat.

Ignaz: Vielleicht kannst du mir sagen, welche Verdienste sich Rasprowicz um die polnische Volksgesamtheit erworben hat. Ich habe nämlich bis jetzt noch nichts von seiner Arbeit auf national-sozialem Gebiet gehört, das mußt du doch selbst zugeben.

Peter: Es ist wahr, daß Rasprowicz nicht in Versammlungen aufgetreten ist; um so erfolgreicher ist er aber in der Stille, ohne Lärm aufgetreten.

Ignaz: Welcher Art ist seine stille Tätigkeit? In Vereinen hat er nicht gearbeitet, denn, wie er sich entschuldigte, seine Gesundheit gestattete ihm das nicht. Sogar zu den Sitzungen des Vereins der Kaufleute kam er nicht. An der politischen Arbeit beteiligte er sich ebenfalls nicht. In's Kreiskomitee gewählt, lehnte er die Annahme der Wahl wegen angeblich schwacher Gesundheit ab, trotzdem sich das Komitee in einigen Jahren nur einmal versammelt. Erst als ihm das Gelüst ankam, sich um ein Abgeordnetenmandat zu bewerben, begann er zu arbeiten, und dies nicht im stillen, sondern mit großem Lärm, damit die ganze Welt erfahren sollte, welch' ein großer Faktor Rasprowicz aus Gnesen ist. Trotzdem er die Sitzungen des landwirtschaftlichen Vereins nicht besuchte, überhaupt nicht Mitglied desselben war, erschien er, als es sich in diesem Jahr um die Wahl des Vorstandes handelte, begann die Leute freizuhalten und dafür zu agitieren, daß man ihn in den Vorstand wählen sollte. Aus dem früheren Sokolverein war er ausgetreten, indem er dem Vorstand brieflich mitteilte, daß er wegen der politischen Verhältnisse auscheiden müsse. Nicht genug damit, daß er selbst dem Sokolverein nicht angehörte, riet er, was noch schlimmer ist, seinem Personal davon ab, dem Sokolvereine beizutreten, da ihm dies, wie er sagte, im Geschäft schade. Dem gegenwärtigen Sokolverein ist er erst vor einem halben Jahr beigetreten, als er für seine Kandidatur zu agitieren begann.

Peter: Es kann sein, daß er sich an den Arbeiten der Vereine und am öffentlichen Leben nicht aktiv beteiligt hat, dafür hat er aber desto mehr im stillen, ohne Lärm gewirkt.

Ignaz: Wenn Rasprowicz für öffentliche philanthropische und nationale Zwecke Geld hergegeben hat, wer von uns tut denn dies nicht! Ich erkläre dir, daß der arme Arbeiter, der seinen blutig erworbenen Groschen für öffentliche Zwecke spendet, einen größeren Verdienst hat als der Rasprowicz, der Geld hergibt. Niemand von uns entzieht sich schließlich dieser stillen Arbeit, niemand rühmt sich dessen, daß er dem armen Mann ein Almosen gegeben hat, rechnet sich dies nicht als ein großes Verdienst an und fordert nicht, daß ihm die Volksgesamtheit dafür eine ehrenvolle Stellung verleihen soll. Als Belohnung genügt ihm das Bewußtsein, daß er seine Pflicht erfüllt hat. Schließlich hat Grabski für öffentliche Zwecke zehnmal so viel hergegeben wie Rasprowicz. Hat es sich denn jemals ereignet, daß jemand zu Grabski gekommen ist und die Unterstützung irgend eines erhabenen nationalen Zweckes verlangt hat und Grabski sich ablehnend verhalten hat? Siets hatte er für nationale und soziale Zwecke eine offene Hand und stets offene Taschen und er unterstützte alle unsere Institutionen durch reiche Gaben. Und wie vielen Menschen hat er dazu verholfen, sich eine Existenz zu gründen! Besonders die Gnesener

können sich nicht darüber beklagen, daß Grabski jenen, die es verdient hatten, seine Hülfe versagt hat. Und wie viele studierende Jünglinge hat er unterstützt, um ihnen die Beendigung des Studium zu ermöglichen, damit sie in der Volksgesamtheit eine nützliche Stellung einnehmen konnten. Dies alles hat man scheinbar heut vergessen, und in der Wählerversammlung bellten gerade jene Hunde ihn am meisten an, die für die öffentliche Sache nicht einmal den Zeh im Stiefel bewegt hatten. Seit dreißig Jahren beobachte ich die bürgerliche Arbeit des Grabski. Zuerst verteidigte er unsere Rechte in der Stadterordnetenversammlung, später in den Magistrat gewählt, trat er auch hier dreist zu unserer Verteidigung auf. Als Mitglied des Kreis Ausschusses verstand er es, sich allgemeines Ansehen zu erwerben, und stets trat er kräftig nicht nur für die städtische, sondern auch für die ländliche Bevölkerung ein. Lange Jahre hindurch das einzige Mitglied der Handelskammer, verteidigte er auch die Interessen des polnischen Handels und der polnischen Industrie. Lichter brannte er niemals, deutsche Feste besuchte er nie, „Hochs“ brachte er nicht aus, des Geschäfts wegen trat er nicht aus polnischen Vereinen aus, stets und überall nahm er hartnäckig den Standpunkt eines Polen ein, ohne jemandem zu schmeicheln und sich vor jemandem zu verbeugen. Das industrielle Unternehmen, an dessen Spitze er steht, hat er zur Blüte gebracht, und sein Verdienst ist es, daß dieses ursprünglich deutsche Unternehmen heut fast völlig polnisch ist. Alle Pflichten eines polnischen Bürgers erfüllt er durchaus gewissenhaft, und wenn ihm heut einige übelgesinnte vorwerfen, daß er seine Landsleute nicht unterstützt, so ist dies eine unwürdige Verleumdung. Hat jemals Grabski irgend eine Arbeit einem fremden Handwerker oder Unternehmer übergeben? Auf seinem Gut Schlepitz haben die Einrichtung des Wohnhauses, sowie alle Umbauten polnische Zimmerer, Maurer, Dachdecker, Maler usw. ausgeführt. Sogar die ganze Ernte und das Vieh hat Grabski ausschließlich an Polen verkauft, was doch bei einem 4300 Morgen großen Gut eine Seltenheit ist. Alle Lieferungen für das Gut besorgen Polen, alle Bedürfnisse werden beim Landsmann gedeckt. Ist es daher nicht eine unwürdige Verleumdung, Herrn Grabski vorzuwerfen, daß er seine Landsleute nicht unterstützt? Grade die Leute, die von Grabski Wohltaten erfahren haben, verleumden ihn heut und heizen das Volk gegen ihn auf. Herr Chociszewski hat scheinbar bereits vergessen, daß, als er vor fünf Jahren im preussischen Gefängnis saß, grade Grabski in Berlin von Pontius zu Pilatus lief, bis er ihm gewisse Vergünstigungen erwirkte, um sein schweres Schicksal zu mildern. Heut erhebt er öffentlich gegen Grabski Vorwürfe, die sich bei näherer Prüfung als niederträchtige Verleumdung erweisen und Herrn Grabski in höchstem Maße schädigen. Hätte er nicht eher den Mann verteidigen müssen, der sein ganzes Leben hindurch als wahrer polnischer Bürger gearbeitet hat, der über 6000 Morgen Land dem Deutschtum aus dem Halse gerissen hat, anstatt alle seine Verdienste in den Schmutz zu ziehen und sie von andere mit Füßen treten zu lassen?

Peter: Es kann sein, daß du in dieser Hinsicht recht hast, aber was ist denn Grabski für ein Abgeordneter, da er noch nicht einmal gesprochen hat! Wenn erst Kasprowitz gewählt werden wird, dann wird er es ihnen dort in Berlin schon zeigen. Wir brauchen im Reichstage keinen hochwohlgeborenen Herrn, sondern einen überzeugten Volksparteiler und Demokraten. Und ein solcher ist Herr Kasprowitz.

Ignaz: Lieber Peter! Wir haben im Reichstage Abgeordnete, die überhaupt noch niemals vor versammeltem Hause gesprochen haben, wie z. B. der Abgeordnete Rapierski, und trotzdem sind sie sehr nütz-

liche Mitglieder der Fraktion übrigens hast du augenscheinlich ein schwaches Gedächtnis, wenn du nicht weißt, daß Grabski als Landtagsabgeordneter alljährlich dort gesprochen hat, und zwar häufig mehr als einmal. Seinen Bemühungen verdanken wir zum großen Teil die jetzt im Bau befindliche Bahn von Gnesen nach Alekto und Welsau, die doch für unsere Stadt und die ganze Umgebung von höchster Bedeutung ist. Daß er im Reichstage nicht häufiger gesprochen hat, beruht einzig darauf, daß sich andere danach gerissen haben, um den Lesern ihrer Zeitungen und den Wählern zu zeigen: Sehet, was ihr für gute Abgeordnete habt! Jedenfalls besuchte Grabski eifrig die Sitzungen im Reichstag und in der Fraktion, er fehlte niemals, wenn es sich um irgendeine wichtige Abstimmung handelte, er arbeitete in der Fraktion, soweit seine Kräfte reichten. Was nun Kasprowitz anbetrifft, woher weißt du, daß er dieser wackere Abgeordnete, dieser unbeugsame Demokrat sein wird? Bisher hat er diese seine Fähigkeiten nirgends gezeigt. Öffentlich hat er niemals gesprochen, denn das gelegentliche Umherwerfen mit Phrasen, die darauf berechnet waren, die leichtgläubigen und kritiklosen Leute zu fangen, beweist noch nichts. Hat irgend jemand jemals sein politisches Glaubensbekenntnis gehört? Es ist doch eine alte Sache, daß ein Kandidat, der sich um einen Abgeordnetenitz bemüht, vor seine Wähler tritt und sein politisches Glaubensbekenntnis her sagt. Und das hat Kasprowitz nicht getan, trotzdem ihn der Sozialist Wierbinski in der Versammlung ausdrücklich hierzu aufgefordert hat. Er wußte sehr gut, weshalb er dies nicht tun konnte, denn dies wäre nicht so leicht gewesen, wie eine Anzahl inhaltloser Phrasen herzusagen, von denen Kasprowitz stets einen reichen Vorrat bei der Hand hat. Schließlich weiß er wohl selbst nicht, welchem Lager er sich zählen soll. In Berlin würde er wohl mit der Regierung ebenso kannegießern, wie er hier in Gnesen mit den Deutschen gekannegießert hat. Ich habe bereits erwähnt, daß er aus politischen Gründen aus dem Sokolverein ausgetreten ist und daß er seinem Personal abgeraten hat, dem Sokolverein anzugehören, weil ihm dies im Geschäft schade. Lange Jahre hindurch brannte er am Geburtstage des Kaisers Lichtel, besuchte Festessen und brachte zusammen mit den Hakatisten „Hochs“ auf den Kaiser aus; als er aufhörte, Lichtel zu brennen, begann er dafür dem Magistrat Gelder zur Verfügung zu stellen. Er will augenscheinlich damit sagen: Ich bin ein loyaler Mensch, Lichtel brenne ich allerdings nicht, aber zum Beweis meiner Treue und Ergebenheit spende ich Geld. Das ist eins wie das andere, auf jeden Fall sucht er sich die Gunst der Deutschen zu erschmeicheln. Aber Kasprowitz hat noch mehr solcher Beweise für seine preussische Loyalität geliefert. Noch in der letzten Zeit erlaubte er seiner die Handelsschule besuchenden Tochter, sich an einem deutschen Fest in Dalki zu beteiligen, wo sie als Zigeunerin kostümiert irgendeinen deutschen Bären herumführte. Am nächsten Tage besuchte er mit der ganzen Familie eine deutsche Vorstellung, in welcher seine Tochter auftrat. Und ferner sein Liebäugeln mit den Deutschen in hakatistischen Zeitungen mit Hilfe von Inseraten. Kein Pole würde es wagen, in ihnen zu annoncieren, nur Herr Kasprowitz tut dies. Er allein annonciert auch in der „Katholischen Rundschau“, dem Organ der Amtskatholiken, die schlimmere Hakatisten sind als die lutherischen Hakatisten.

Handelt so ein wahrer Pole, kann man von solch einem Menschen erwarten, daß er dreist und offen für die Verteidigung unserer mit Füßen getretenen Rechte eintreten wird?

Peter: Was weiß ich. Und doch hat Kasprowitz in der ganzen Welt polnische Schnäpfe eingeführt und hat eine große und blühende Industrie geschaffen.

Ignaz: Wie denn, polnische Schnäpse? Hat denn jemand etwas von polnischen Schnäpsen „Kasztjona“, „Kalefajen“, „Kotofchnit“ und ähnlichen Mißgeburten gehört! Die Fremden werden im Leben nicht daran denken, daß dies polnische Fabrikate sind. Wo steckt also das Verdienst? Die Namen sind absichtlich so verdreht, daß niemand den Fabrikanten beschuldigen soll, daß er Pole ist. Entsprechende Instruktionen erhalten auch die Reisenden, die auf die Frage, wer Kasprowicz ist, antworten, daß er Christ ist.

Wenn Kasprowicz heute an der Spitze eines großen Unternehmens steht, so frage ich dich, ob er es aus Patriotismus oder des Geschäfts wegen geschaffen hat? Und was macht Grabzki mit seinem Geld? Gibt er nicht Hunderten von Arbeitern Brot? Hat er nicht drei Güter aus fremden Händen gekauft, Kustodja bei Gnesen, Schepitz bei Gzin und Prusinowo bei Jarotschin, hat er diese nicht für das Polentum gerettet? Du mußt zugeben, daß, wenn Grabzki keine anderen Verdienste haben würde, schon dies Ketten von über 6000 Morgen Erde genügen würde, ihm für immer die Dankbarkeit der Volksgesamtheit zu sichern. Wenn die Ansiedlungskommission diese Güter erworben und auf ihnen 100 Ansiedlerfamilien angesiedelt hätte, so wäre dies für die Volksgesamtheit geradezu eine ungeheure Niederlage gewesen.

Peter: Sicherlich, daß dem so ist, aber sage mir, warum die Zeitungen seine Kandidatur unterstützen, wenn Kasprowicz weder größere Verdienste, noch die Eigenschaften eines Abgeordneten besitzt?

Ignaz: Aha! Die Zeitungen! Der Kupiec unterstützt den Kasprowicz, weil dies in seinem Interesse liegt. Sein Verleger Gustowski bereiste zusammen mit Kasprowicz, als dieser gelüftete, Abgeordneter zu werden, das Großherzogtum, gründeten kaufmännische Vereine und führten in ihnen das obligatorische Abonnement des Kupiec ein. Den Kasprowicz unterstützt ferner der Dziennik Bydgoski, aber wie Eingeweihte sagen, fesseln ihn Bande der Dankbarkeit an Kasprowicz. Schließlich unterstützt ihn der Goniec Wielkopolski, aber diese Unterstützung müßte Herrn Kasprowicz eigentlich kompromittieren. Wir denken doch noch alle daran, auf welcher fleghafte Art der Goniec gegen die Kandidatur des Kasprowicz auftrat, indem er ausführte, „daß es nicht genüge, durch Verkauf von Mehl oder Stiefeln sich ein Vermögen zu machen, um Abgeordneter zu werden“. Damals war Kasprowicz über den Goniec sehr empört und wollte sogar die Gnesener Kaufmannschaft veranlassen, schriftlich gegen die Ausführungen des Goniec zu protestieren, aber die Kaufmannschaft lehnte dies ab. Was soll man schließlich von einer Zeitung halten, die die Verschacherei verteidigt, die für die Unschuld des Rechtsanwalts Dziembowski eine Lüge bricht, dessen Rolle bei der Verschacherung von Reisen genügend bekannt ist. Einer solchen Zeitung bedient sich Kasprowicz, um einen Abgeordnetenposten zu erlangen. Er hat es allerdings auch mit anderen Zeitungen versucht; er ging in die Posener Redaktion, aber überall lehnte man ab, denn man hielt ihn für unfähig, ein Abgeordnetenmandat auszuüben. Da er sah, daß er auf diesem Wege nichts erreichen würde, griff er nach anderen Mitteln, um sein Ziel zu erreichen, und zwar nach geradezu unwürdigen Mitteln. Es ist heute in Gnesen öffentliches Geheimnis, daß die Abgeordneten des Kasprowicz vor der Versammlung die Wähler in verschiedenen Kneipen mit Schnäpsen und Kognak traktierten, sie dahin bearbeiteten, für die Kandidatur des Kasprowicz zu stimmen und sie in Droschken nach dem „Katholischen Hause“ fuhren. Es ist also kein Wunder, daß der auf diese Art aufgereizte Teil der Wähler keinen Gegner hören wollte, sondern

unaufhörlich rief: „Wir wollen den Kasprowicz.“ Und wenn auch Kasprowicz in den von ihm in die Zeitungen lancierten Artikeln behauptet, daß die ganze Kaufmannschaft und die Geistlichkeit für ihn ist, so sprach doch in der Versammlung keiner der zahlreich erschienenen Kaufleute für ihn, ebenso unterstützte auch nicht ein Geistlicher seine Kandidatur. Diese vor der Versammlung in Gnesen angewandte Art der Agitation wendet man jetzt auch in den Kreisen an. Am Sonntag z. B. agitierte der Tapezierer Stenszewski aus Gnesen für Kasprowicz, indem er das Volk freigebig mit Schnaps, Bier und Schokolade traktierte. Das traurigste ist aber das, daß dieser Agent des Kasprowicz das Volk aufhetzt und droht, daß im Falle der Aufstellung einer anderen Kandidatur die Anhänger des Kasprowicz eine Sezession veranstalten, daß sie ihrer Wahlbehörde nicht gehorchen würden. Ähnliche Drohungen hört man leider immer häufiger.

Das sind die Folgen des völlig unberechtigten persönlichen Ehrgeizes und der gewissenlosen Agitation. Wir haben in früheren Jahren dem Adel vorgeworfen, daß er das Volk mit Schnaps getränkt und dann in die Versammlungslokale gefahren habe, und heute tun wir dasselbe. Wir sollen das Volk zu immer größerer Aufklärung führen, verdunkeln aber mit unwürdigen Mitteln seinen Geist und machen aus ihm ein Werkzeug persönlicher ehrgeiziger Gelüste. Nicht genug damit! Anstatt dem Volk Gehorsam und Disziplin gegenüber unsern höchsten Wahlbehörden, die das Volk selbst gewählt hat, einzulösen, empört man es und droht mit der Sezession, um nur seinen Willen durchzusetzen.

Wir haben in diesen langen Jahren der Knechtschaft und der Bedrückung leider nichts gelernt. Gutgesinnte Leute haben sich bemüht, in diesem Jahre solche ärgerniserregenden Ereignisse zu verhindern und haben beschlossen, den Wählern den Vorschlag zu machen, in den Kreisen, in denen die bisherigen Kandidaten weiter kandidieren wollen, dieselben Abgeordneten wieder zu wählen. Von den Wählern wird es also abhängen, ob die Einigung, die uns so sehr nützt, zustande kommen wird, ob wir imstande sein werden, einen ärgerniserregenden Wahlkampf zu vermeiden, der unser Unglück sein und unsern Feinden nur Freude machen würde. Grabzki hat seine Verdienste, und zwar große Verdienste, die ihm die Dankbarkeit nicht nur einzelner Personen, sondern der ganzen Volksgesamtheit gewinnen müssen. Als Arbeitgeber bemüht er sich gewissenhaft, die Lage seines Arbeiters zu verbessern; ein Beweis hierfür ist der, daß er in der letzten Zeit freiwillig die Arbeitslöhne erhöht und unsere polnische Arbeiterorganisation, die Polnische Berufsvereinigung, in vollem Umfange anerkannt hat. Er hat seine Feinde, die sich bemühen, ihn in den Augen des Volkes herabzusetzen, aber das Volk wird schließlich verstehen, wo das wahre Verdienst ist und wen es als Abgeordneten haben will. Unsere Landwirte verstehen am besten, daß der, der dem Rachen des Deutschtums über 6000 Morgen Land entrißen hat, schon allein aus diesem Grunde es verdient, aus der Hand des Volkes ein Abgeordnetenmandat zu erhalten. Wer wird unser Land besser gegen unsere Feinde verteidigen, wenn nicht der, dessen Lebensaufgabe es ist, dieses Land den fremden Händen zu entreißen? Deshalb ruft alle in den Wählerversammlungen:

„Wir wollen Grabzki zum Abgeordneten haben.“

Aus Nr. 271 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 25. November 1911:

Erklärung.

In der Mittwochnummer des Lach vom 22. d. Mts befindet sich ein umfangreicher, politischer Artikel, der

mich und meine bürgerliche Arbeit auf eine Art verhöhnt, wie sie bis jetzt in der anständigen polnischen Presse noch nicht angewandt worden ist. Die Redaktion des Lech hielt es für angemessen, den Beleidigungen zur Unterstützung derselben noch angebliche Tatsachen hinzuzufügen. Nun sind aber diese Dinge geradezu erdacht, oder in gänzlich falschem Lichte dargestellt und wider besseres Wissen ausgesprochen.

Ich würde mich erniedrigen, wenn ich auf solche unerhörten, in den polnischen Zeitungen bis jetzt nicht praktizierten Angriffe antworten wollte. Ich beschränke mich deshalb darauf, gegen die Beleidigungen und Verleumdungen, sowie gegen die Befudelung meiner Ehre als Bürger und Pole entschieden zu protestieren. Ich werde keinen Prozeß anstrengen, weil ich den Redakteur einer polnischen Zeitung nicht vor das preussische Gericht schleppen will, in der Überzeugung, daß die unparteiische öffentliche Meinung unserer Volksgesamtheit über ein derartiges Verhalten ihr Urteil abgeben wird.

Boleslaus Kasprowicz, Gnesen.

Aus Nr. 270 des Lech (Gnesen)
vom 25. November 1911:

Von Herrn Boleslaus Kasprowicz

in Gnesen erhalten wir nachstehende Erklärung:

In der Absicht, der guten Sache zu dienen, und von einer größeren Anzahl von Bürgern hierum ersucht, hatte ich meine Kandidatur im Wahlkreise Gnesen-Witkowo-Wongrowitz aufgestellt. Ich hatte dies um so lieber getan, als Herr Abgeordneter von Grabski seiner Absicht Ausdruck gegeben hatte, auf ein Mandat zu verzichten. Da ich jetzt sehe, daß die Aufstellung meiner Kandidatur eine Spaltung hervorgerufen und sogar Veranlassung dazu gegeben hat, daß sich die Wahlbehörde über die klaren Vorschriften unseres Wahlregulativs hinwegsetzt, da ich ferner nicht zu weiteren Ärgernis erregenden Kämpfen, eventuell sogar zur Sezession Veranlassung geben will, ziehe ich für den Augenblick meine Kandidatur zurück. Meine Anhänger, die mit solcher Begeisterung und Aufopferung für mich agitiert haben, bitte ich inständig, fernerhin auf legalem Wege vorzugehen und der Stimme des nationalen Gewissens zu gehorchen.

Boleslaus Kasprowicz.

Herrn Kasprowicz gebührt zweifellos Anerkennung, daß er in richtiger Würdigung der Sachlage, die ihm keine Aussicht auf Sieg bietet, durch seinen Verzicht der weiteren Spaltung ein Ende gemacht hat. Es ist nur schade, daß er es sich nicht versagen konnte, der Wahlbehörde, d. h. dem Kreiskomitee, den Vorwurf zu machen, daß es den Bestimmungen des Wahlregulativs zuwidergehandelt habe. Gegen diesen Vorwurf müssen wir das Wahlkomitee entschieden in Schutz nehmen, da es die Vorschriften des Wahlregulativs mit größter Gewissenhaftigkeit beobachtet hat. Als Beweis hierfür möge nur die Tatsache dienen, daß der Vorsitzende des Komitees, Rechtsanwalt Karpinski, der gleichzeitig die Mittwochversammlung leitete, dem Redakteur Kucik nicht das Wort erteilen wollte, trotzdem sich dieser darauf berief, daß er als Mitglied des Kreiskomitees ein Recht darauf habe, das Wort zu ergreifen. Das Komitee vermied es peinlichst, auch nur den Anschein des Verdachts hervorzurufen, daß es partiell vorgehe, wofür wir ebenfalls zahlreiche Beweise haben. Der dem Kreiskomitee von Herrn Kasprowicz gemachte Vorwurf ist also völlig unbegründet.

Immerhin müssen wir unserer aufrichtigen Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß in unserem Bezirk der uns so nötige Frieden herrscht.

Aus Nr. 269 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 22. November 1911:

Über den Fürsten Ferdinand Radziwill.

Aus Mitteilungen der offiziellen demokratischen Zeitungen haben wir erfahren, daß der konservativ-demokratische Vertrag die Wiederwahl des Fürsten Ferdinand Radziwill in den Reichstag vorsieht. Wie die Nationaldemokraten diese Kandidatur mit ihrem Empfinden vereinbaren können, das können wir absolut nicht begreifen. Es ist eine bekannte Sache, daß Fürst Ferdinand Radziwill als Verwandter des preussischen Herrscherhauses sich ungern dort zeigt, wo es sich um unsere größten Lebensfragen handelt, wo die nationale Idee die Polen vereint. Allerdings hat er im Verlauf seiner Abgeordnetenkarriere einige Male zur Verteidigung unserer Rechte das Wort ergriffen, dafür hat er sich aber auch ebenso oft dort gezeigt, wo ein polnischer Abgeordneter nicht hätte sein dürfen. Aber von diesen Tatsachen abgesehen, verdient Fürst Radziwill keinen Abgeordnetensitz. Ein polnischer Abgeordneter muß nämlich durch sein ganzes Leben seine Liebe zur nationalen Sache beweisen. Die Person des Fürsten Radziwill ist aber eine Regierung unseres ganzen Kampfes um die nationale Existenz. Er ist kein Pole sondern ein Kosmopolit, wie überhaupt die ganze Familie Radziwill. Welch ein Beispiel gibt dem polnischen Volke ein Abgeordneter, der seine Söhne zu Russen und Preußen erzogen hat! Da wir unser Volk bitten, seine Kinder nicht entnationalisieren zu lassen, wollen wir auch nicht einen Menschen zum Abgeordneten wählen, der so ein fatales Beispiel gibt, wie der Fürst Ferdinand Radziwill.

Denken wir daran, daß nicht der Name und das Wappen, sondern die bürgerlichen Tugenden darüber entscheiden müssen, wem man die höchste Würde anvertrauen darf. Vom nationalen Standpunkt aus betrachtet, hat Fürst Radziwill keinerlei Verdienste.

Aus Nr. 270 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. November 1911:

Das Wahlkomitee in Wongrowitz

hat nachstehende Kandidatenliste beschlossen:

1. Santa Polczynski,
2. Leon Grabski,
3. Lipski.

Also nur Großgrundbesitzer. Hierdurch hat das Komitee in Wongrowitz einen Beweis für seine Parteibeschränktheit geliefert. Alle andern Stände hat es mit dem Fuße fortgestoßen. Dieselben Leute verkünden dann die erhabene Losung der Solidarität allen Bevölkerungsschichten.

Aus Nr. 267 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 22. November 1911:

über die zu gründende

polnische Wäschefabrik

heißt es in dem Jahresbericht der Korporation der christlichen (polnischen) Kaufleute in Posen pro 1910/11 wie folgt:

Die Sache befindet sich nach mehrfacher Prüfung nicht nur seitens des Ausschusses selbst unter Mitberatung

von Fachleuten, sondern auch unter Beteiligung eingeladener hervorragender Persönlichkeiten unserer Volksgemeinschaft gegenwärtig in dem folgenden Stadium:

Durch zahlreiche Aufrufe der interessierten Personen und durch Zeitungsartikel vermochte der Ausschuß 109 Anteile auf eine Gesamtsumme von 54 500 Mark zu sammeln.

Die Versammlung der Anteilhaber hat nach Durchdiskutierung alles dessen, was für und gegen die Gründung einer Wäschefabrik sprach, fürs erste sich nicht für die Gründung erklärt, sondern eine aus folgenden 9 Personen bestehende Kommission gewählt: Kammerherr v. Jackowski-Wronczyn, B. Kasprovicz-Gnesen, Korzeniowski-Neuenburg, Gendola-Strasburg (Westpr.), J. Filipowicz, H. Ignatowicz, K. Kuzaj, St. Kozlicki und Dr. Hacia aus Posen — mit folgender Aufgabe: 1. Die Kommission prüft die verschiedenen Projekte von Fabriken aus der Textilbranche; 2. Nach Einigung auf ein bestimmtes Projekt wird es spätestens am 8. Dezember 1911 einer Versammlung der Anteilbesitzer unterbreitet; 3. die Kommission wird nur solche Projekte ins Bereich der Beratung ziehen, zu dem nicht mehr Anlage-Kapital als 100 bis 120 000 Mark nötig ist.

Aus Nr. 270 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. November 1911:

Der Kampf mit dem Polentum im preussischen Heere.

Man hat uns die Postkarte eines polnischen Soldaten übersandt, die er in deutscher Sprache an die Familie geschrieben hatte. Wir lesen dort u. a.: Wenn die Mutter mir ein Paket schickt, dann möge sie in keinem Fall etwas in eine polnische oder sozialistische Zeitung einwickeln. Wer hiergegen verstößt, kann gerichtliche Bestrafung erwarten (!!).

Besonders fügt jener Soldat noch hinzu: Schreibt nicht polnisch, denn das ist streng verboten.

Wir nehmen an, daß jener Soldat das Verbot seiner Vorgesetzten schlecht verstanden hat. Uns erscheint es nämlich unmöglich, daß die Militärbehörde den Soldaten verboten haben soll, polnische Privatbriefe zu schreiben oder zu empfangen. Das gehört nicht zum Dienst und ist Sache des Herzens, und in diesen Angelegenheiten hat niemand etwas zu verbieten oder zu befehlen.

Schlecht ist es um eine solche Armee bestellt, die gestattet, in ihren Reihen das Verbreiten des Nationalhasses zu betreiben.

Aus Nr. 259 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 22. November 1911:

Polizeilicher Betrug.

Wenn der gewöhnliche Bürger einen falschen Namen angibt, oder irgend einen Akt mit einem fremden Namen unterschreibt, dann nennt man dies Betrug, Urkundenfälschung usw., je nach den Umständen. Die Gerichte bestrafen dafür mit Gefängnis. Wenn aber ein durch Übermaß von Eifer sündigender Polizeibeamter, um sich die Kontrolle der polnischen Vereine zu erleichtern, einen fremden Namen annimmt und die Vorstände der interessierten Vereine betrügt, dann hört man nicht, daß solchen Herren der Prozeß gemacht wird.

Neuerdings war dem Wahlverein in Essen der Prozeß gemacht worden, und den Anlaß hierzu gab

der Kriminalschutzmann Bachorski, der am 27. November 1910 unberechtigter Weise in den Saal der Restauration „Josefs-Haus“ zu einem Familienabend des vorgenannten Vereins erschien und unter dem falschen Namen Johann Glowacki in den Verein eintrat. Ja er gab sogar eine falsche Wohnung an, weil in der von ihm angegebenen, wie man sich später überzeugt hat, kein Bachorski wohnt.

Der Verein wurde schließlich freigesprochen, weil er sich strafbare Handlungen nicht hatte zuschulden kommen lassen, aber es drängt sich einem die Frage auf, ob ein derartiges Verhalten der Polizei eines zivilisierten Staates würdig ist? Uns scheint es, daß Betrug stets Betrug bleibt, ohne Rücksicht darauf, ob ihn ein gewöhnlicher Bürger oder ein Polizeibeamter begeht.

Gazeta Ostrowska (Ostrowo) Nr. 141
vom 25. November 1911:

Die Aufklärungsverammlung in Przysgodzice

fand am Mittwoch statt. Sie wurde um 7 Uhr abends im Lokal des Herrn Gmurowski vom Redakteur Szmanda, welcher Mitglied des Komitees des Volksbibliothekenvereins für den Kreis Ostrowo ist, eröffnet mit der Erinnerung an zwei Gedenktage, welche auf den Monat November fallen: nämlich den Todestag des Dichters Mickiewicz und der Novemberräufte.

Zum Schriftführer ernannte er dann Herrn Johann Socol, zu Beisitzern Marie Bodyslak, Michael Rodnicki und Theophil Gmurowski.

Dann hielt einen schönen Vortrag über den Novemberräufte Herr Leo Sokowski aus Ostrowo.

An den Vortrag anknüpfend bemerkte Redakteur Szmanda, daß man das Mißglücken des Novemberräufstes vor allen Dingen dem zugeschrieben habe, daß man es nicht verstanden habe, das Volk für den Aufstand zu interessieren und anzulocken, das Volk, welches dumm und benachteiligt, kein Interesse daran hatte, das Vaterland frei und unabhängig zu sehen.

Nunmehr sprach Redner über die Anstrengungen, das Volk zu Bürgern zu machen, er sprach über die Aufklärungsarbeit und berichtete zum Schluß über den kürzlich stattgefundenen Aufklärungstag in Posen, der einen so schönen Fortschritt in der Tätigkeit des Volksbibliothekenvereins gezeigt habe.

Redakteur Babst, der sehr eingehend über die Mittel sprach, mit deren Hilfe man die Aufklärung verbreiten soll, erwähnte in erster Linie das fleißige Lesen von Büchern, die er den Zeitungen vorzog, deren Aufklärungsgebiet bedeutend eingeeengt ist, da es sich fast ausschließlich auf die Politik beschränkt. Seine Rede schloß er mit einem Appell, bei jeder sich bietenden Gelegenheit an den Volksbibliothekenverein zu denken.

Es erfolgte nunmehr eine umfangreiche Diskussion, an der die Herren Szmanda, Morhson, St. Misiek, Babst teilgenommen haben. Durch Vermittlung des Herrn Stachurski sammelte man zu Zwecken des Volksbibliothekenvereins eine freiwillige Spende. Die Teilnahme an der Versammlung war zahlreich.

Aus Nr. 270 des Wielkopolanin (Posen)
vom 26. November 1911:

Scharfenort.

Sonntag, den 19. d. Mts. fand in Scharfenort eine Versammlung statt, in welcher man einen Wahlverein gegründet hat. In den Vorstand gehören die

Herren Rogalinski Hieronymus als Vorsitzender, Modrzejewski Thomas als Schatzmeister und Starbinski Jr. als Schriftführer. Die erste Plenarsitzung findet am 27. d. Mts., abends 8 Uhr, wie gewöhnlich im Vereinszimmer statt.

Aus Nr. 270 des Postep (Posen)
vom 26. November 1911:

Korrespondenz.

Xions, den 23. November.

In unsrer Stadt finden die Stadtverordnetenwahlen zur 1. und 3. Klasse am Montag, den 27. d. Mts. statt. Von unsrer Seite sieht man noch gar keine Vorbereitungen — alles schläft den Schlaf des Gerechten — es gibt keinerlei Agitation, obwohl unser Sieg in der 3. Klasse sehr zweifelhaft ist. Die deutsche Seite ist dagegen schon völlig vorbereitet und wartet friedlich und solidarisch auf den Wahltag, um ihre nationale Pflicht zu erfüllen. Am interessantesten ist die Handlungsweise unseres Bürgermeisters, der in der Wahlagitation so weit geht, daß das bei jedem Bürger Entrüstung hervorrufen muß. Er mißbraucht im höchsten Grade seine Macht, indem er mittelbar und unmittelbar droht, wenn man sich nicht seinem Rat fügen sollte. Er geht von Haus zu Haus und erzwingt durch Drohungen, daß man sich seinen Befehlen fügt. Zur größten Schande muß bemerkt werden, daß schon einige Polen-Feiglinge ihm ihre Hilfe zu dem deutschen Siege und zur Unterdrückung der Polen zugesagt haben. Es sind gerade solche, die sich für die ersten Polen und Patrioten halten und mit der Faust in der Tasche drohen, aber wenn es heißt, etwas zivilen Mut zu zeigen, sich wie die Taucher im Wasser verstecken.

Der Sieg in der ersten wie auch in der zweiten Klasse müßte uns sicher sein, wenn gerade diese lächerliche Feigheit mancher Polen vor dem Herrn Bürgermeister, der unglückselige Streit und der Reiz nicht wären, welche seit langem schon ein spezielles Charaktermerkmal unsrer Bürger sind. Es ist kaum zu glauben, daß unter den Polen sich einzelne befinden, die aus Rache unsere Niederlage wünschen und bereit sind, ihre Stimme einem Deutschen zu geben. Die Bürger Xions leben fast ausschließlich von den Polen, denn die Deutschen und Juden kann man hier an den Fingern abzählen. Es ist daher heilige Pflicht eines jeden Polen, sei er jung oder alt, Montag zu den Wahlen zu kommen und seine Stimme dem Kandidaten zu geben, den die Wählerversammlung mit Stimmenmehrheit wählen wird. Lassen wir uns doch nicht beschämen und zeigen wir unseren Feinden, daß in uns Nationalgefühl steckt, — daß wir nicht naiv sind und uns durch irgend einen Besen einschüchtern lassen. Erscheinen wir am Montag wie ein Mann, möge sich niemand krank stellen oder verreisen, oder durch irgend eine andere erdachte Vorspiegelung sich von der Abstimmung fernhalten, denn wir werden einen jeden Fall öffentlich als Verhöhnung der nationalen Sache brandmarken. Wir werden mit Verachtung die Verräter als die Pest meiden und sie bei Schritt und Tritt und bei jeder Gelegenheit boykottieren. X.

Aus Nr. 265 des Postep (Posen)
vom 19. November 1911:

Korrespondenz.

Neustadt a. d. W., im November.

Da ich sehe, daß bisher es keiner gewagt hat, das, was uns schmerzt, in Postep zu berühren, bin ich gezwungen, das selber zu tun. Im allgemeinen sieht es so aus, als wenn nach dem Tode unseres Propstes Müller alles beim alten geblieben wäre, doch fängt man mit dem ersten besten Parochianen eine Unterhaltung an, oder bleibt Zuhörer eines Kreises, der diese Angelegenheit bespricht, so hört man gleich die Besorgnis heraus: „Was für einen Geistlichen wird uns die geistliche Behörde bestimmen —“, und „Wenn er nur in der Verbreitung der Volksaufklärung ein Eiferer und in politischen Angelegenheiten mutiger wäre als unser verstorbener Propst, der in diesen Sachen sehr feige gewesen ist.“ Doch die ganze Parodie befürchtet, daß sie zum Propst den Geistlichen der Nachbarparodie K., der sich sehr darum bewirbt und dieselben Anschauungen hegt wie unser verstorbener Propst, bekommt. Daher hat man an das Konsistorium eine Bittschrift gerichtet, damit man uns diesen Geistlichen nicht zum Propst gebe. Doch das Konsistorium geruhte nicht, auf die Einzelheiten der Bittschrift einzugehen sondern schrieb ab, daß jener Geistliche vom Patron Herrn Souanne, dem Enkel des Herrn Kennemann aus Klenka, die Präsentation erhielt, und da er ein guter Geistlicher ist, sieht es sich nicht veranlaßt, ihm die Bestätigung zu versagen. Doch ob die Parochianen, welche zu dem Geistlichen, der mit seinen Schäschen ziemlich rigoros verfährt, kein Vertrauen haben, mit dieser Antwort zufrieden sein sollen, das ist eine große Frage. Kann man denn zu diesem Geistlichen Vertrauen haben, wenn er, obwohl in dem Dorfe ein Kolonialladen ist, nach der eine Meile entfernten Stadt, — doch nicht etwa zu einem Polen, sondern in ein jüdisches Geschäft — fährt? Tragen wir dazu dem Geistlichen das Geld in Form von allerlei Opfern hin, daß er damit die Juden bereichern soll? Soll uns eine solche Handlungsweise eines Geistlichen angenehm sein? Daher hat auch das Judentum, als es von unserer Bittschrift erfuhr, Alarm geschlagen, daß wir einen so guten Geistlichen nicht haben wollen! Spricht dieses nicht für sich allein?

Und jetzt eine kleine Bitte an die Adresse des Konsistoriums: Möge uns die hohe geistliche Behörde diesen Geistlichen nicht geben, weil, da wir schon jetzt zu ihm kein Vertrauen besitzen, wir auch fernerhin es nicht gewinnen können, wenn dieser — wie man sagt — sich geäußert haben soll, daß er sich für diese Bittschrift revanchieren würde, wenn er erst Propst in Neustadt a. d. W. geworden sein werde.

Soll ein katholischer Geistlicher sich auf diese Weise das Vertrauen erwerben? Doch wir hegen die Hoffnung, daß unsre geistliche Behörde uns in unseren Erwartungen nicht täuschen und uns einen Geistlichen schicken wird, der unsere schwere Lage fühlen und mit anderen Bürgern zusammen für die gemeinsame Sache arbeiten wird.

Und jetzt noch eine kitzliche Sache. Seit etwa zwei Wochen befindet sich die hiesige Apotheke in der Hand des Stammesbruders Herrn Mieczislaus Sieg, der sie aus deutschen Händen kaufte. Wir hegen die Hoffnung, daß er als junger Mann nicht den Fußstapfen des Arztes folgen wird, der nicht genug, daß er keinen polnischen Verein angehört noch ständiger Kunde von Juden ist und sich mit jüdischen Familien verbrüdert, als wenn in Neustadt keine andere Gesellschaft für ihn vorhanden wäre. Ein Antisemit.

Aus Nr. 47 des Robotnik (Posen)
vom 26. November 1911:

Die Zusammenkunft der Patrone und Bizopatrone.

Schluß.

Nach dem Vortrage des Geistlichen Generalsekretärs nahm Prälat Stychel das Wort, um unsern Standpunkt gegenüber den gesetzlichen Vorschriften aufzuklären. In derselben Sache sprach noch Propst Donat aus Mieschkow.

Gemäß der Tagesordnung hielt alsdann der Geistliche Fr. Olejniczak aus Gostyn ein Referat über das Thema: „Die Arbeit an der Arbeiter-Jugend“. Redner stellte zunächst die Notwendigkeit, sich mit der Jugend zu befassen dar, er sprach über die ersten Gefahren, welche die Jugend in unseren traurigen und schweren Zeiten bedrohen. Man sehe ja auch, daß von unserer Seite für die Arbeiter-Jugend nichts geschehe. Die Jugend des Kaufmannstandes, die Handwerker und die Lehrlinge hätten ihre besonderen Vereine, aber für die Arbeiter-Jugend besäßen wir bis jetzt noch keine Vereine. Aber auch in unseren Verbandsvereinen sei die Arbeiter-Jugend nicht vertreten, weil für sie die Verbandsvereine zu ernst seien und besondere Jugendabteilungen hier und dort nur in einer kleinen Anzahl beständen. — In Gostyn, wo der geehrte Referent seit mehreren Jahren beschäftigt ist, wurde eine solche Abteilung gegründet. Diese Abteilung entwickelt sich sehr gut und die Jugend schart sich dort sehr gern zu fruchtbringender Arbeit zusammen.

Die weiteren sehr interessanten Ausführungen werden wir nicht mehr anführen, denn sie werden unseren Lesern aus dem Robotnik bekannt sein, in welchen der Geistliche Olejniczak mehrere Artikel über jene Jugendabteilungen und namentlich darüber, auf welche Weise in diesen die Arbeit geführt werden soll, sowie darüber, wie man sie organisieren muß veröffentlicht hat.

Redner schloß seinen lehrreichen Vortrag mit der Bitte an die versammelten Patrone, sich mit den jugendlichen Arbeitern eifrig zu befassen.

Alsdann nahm der hochhehrwürdige Bischof Dr. Litowski das Wort, der etwa folgendes ausführte:

Es ist gut, daß ihr darüber berattet, wie man an dem jugendlichen Arbeiter arbeiten soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ihr Vereine für die Jugend gründen müßt, wenn ihr den Einfluß auf die Jugend nicht verlieren wollt. Von verschiedenen Seiten werden Stimmen laut über die Notwendigkeit der Arbeit an der Jugend. Dieses ist vor allen Dingen die Aufgabe der Geistlichkeit. Deshalb habe ich angeordnet, daß die Geistlichen sich eifrig mit der Sache befassen sollen. Es scheint, daß es am besten sein wird, wenn man für die Jugend besondere Vereine gründet. Die Jugend verlangt einen gefühlvolleren Schutz und andere Arbeit, als die Älteren. Ich lege euch das sehr ans Herz, damit ihr die neue Pflicht nicht vernachlässigt. Eure Arbeit wird sich jedenfalls dadurch vermehren, aber dieser Mühe muß man sich unterziehen. Bei den deutschen Katholiken sind die Jünglingsvereine sehr verbreitet und sie entwickeln sich sehr gut. Der Geistliche Dekan Tasch aus Lissa ist bei uns Diözesanpräses der deutsch-katholischen Jünglingsvereine. An den reichen Erfahrungen dieser deutschen Organisation können wir uns ein Beispiel nehmen und ihnen das entnehmen, was sich als gut und praktisch erwiesen hat.

Ich kann nicht sagen, daß ich nicht mit großem Interesse den Referaten der heutigen Versammlung gefolgt wäre. Ich habe mich überzeugt, daß ihr euch

der ehrbaren Arbeit mit Verständnis und der nötigen Umsicht hingebt. Die Sache ist sehr wichtig. Ich habe schon im vergangenen Jahre bemerkt, daß der Seelsolger heute nicht seine Seelsorgeraufgaben erfüllt, wenn er sich nur auf die Arbeit in der Kirche wie Abhaltung des Gottesdienstes, Beichte hören und Religionsunterricht beschränkt. Außer der streng geistlichen Arbeit, muß man sich auch mit der sozialen und Arbeitersache befassen.

Der heutige Tag hat mich nicht ganz befriedigt, da ich gehört habe, daß in der letzten Zeit der Verband der Arbeitervereine sich nicht genügend entwickelt. Ich weiß, daß einige sich von der durchaus notwendigen Arbeit aus Bequemlichkeit, andere wieder aus Furcht, ob es ihnen nicht schaden könnte, zurückschrecken. Ich kann versichern, daß es so nicht ist, da die ehrbare Arbeit in den Arbeitervereinen niemandem schaden kann.

Bei der Durchführung dieser Sache wird der Vorstand des Verbandes stets Hilfe bei der geistlichen Behörde finden, welche sich in geeigneter Weise darum bemühen wird, daß die Arbeit an dem Arbeiterstand keine Unterbrechung und keinen Stillstand erfährt.

Ich bin dem Vorstand sehr dankbar, daß er so geschickt und mit Umsicht über die Angelegenheiten der Arbeitervereine wacht, und ich kann auch nur dazu anregen, in eurem Eifer nicht aufzuhören, damit ihr mit Ausdauer weiter arbeitet und Gott wird es geben, daß wir die Früchte dieser Arbeit sehen werden. Die Stürme und Ungewitter dagegen, welche heutzutage auf dem Boden der sozialen Arbeit im Westen wüten, werden uns nichts schaden. So lange man uns ruhig arbeiten läßt, so lange ihr euch des Vertrauens des Volkes erfreut, so lange arbeitet und baut an dem eurem Schutze Anvertrauten, mit Wort und Beispiel.

Der Prälat Stychel dankte im Namen des Hauptvorstandes und des Verbandes dem hochhehrwürdigen Bischof für die herzlichen Worte und versicherte, daß diese Worte für uns für die Zukunft eine Anregung zur weiteren Arbeit sein werden. Im Namen der Versammelten bat der Prälat den hochhehrwürdigen Gast um Erteilung des bischöflichen Segens.

Gemäß der Statuten des Verbandes schied der Geistliche Dekan Meyer aus Posen aus dem Hauptvorstande aus, welcher jedoch wieder erneut gewählt wurde.

Bei der freien Aussprache, äußerte der Dekan Szafranek, entsprechende Wünsche und Klagen hinsichtlich des Verbandsliederbuches.

Geistlicher Ludwiczek aus Ostrowo bemerkte, daß für die Jünglingsvereine Normalatzungen vorbereitet werden.

Geistlicher Niesiolowski aus Pleschen erinnert an den Beschluß, der seinerzeit in Sachen des Abonnements des Swit der früheren Monatschrift, zur Unterstützung der Enthaltensamkeit für die Vereine, gefaßt wurde.

Der Geistliche Dekan Szafranek empfiehlt statt des Swit dem mehr populären Przyjacieli Trzeźwości.

Zum Schluß besprach noch einmal Prälat Stychel die Sache der verleumderischen Angriffe der Katholischen Rundschau aus Krotoschin und legte den Geistlichen Patronen folgenden Protest vor:

Die Krotoschiner Katholische Rundschau veröffentlichte einen Artikel, welcher sich mit unseren Vereinen befaßte und Vorwürfe enthielt, welche man schwer mit einem parlamentarischen Ausdruck bezeichnen kann. Unserer Geistlichkeit wirft jene Zeitung vor, daß sie unter dem Mantel der sozialen Arbeit unter den Arbeitern die revolutionären Bestrebungen verbreitet, und daß sie die Parochianen deutscher Nationalität stiefmütterlich behandelt.

Diese Vorwürfe in dem angeführten Artikel stützen sich weder auf Beweise noch auf Tatsachen.

Wir protestieren mit Entrüstung dagegen und brandmarken diese Vorwürfe als Verleumdungen umso mehr, als sie in einem Blatte erschienen sind, welches als ein katholisches betrachtet werden will und auf solche Weise gegen seine eigene Geistlichkeit auftritt. Wegen völligen Mangels von Beweisen erachten wir es nicht für nötig, die Vorwürfe sachlich zu widerlegen.

Die versammelten geistlichen Patrone waren mit dem obigen Protest alle einverstanden.

Prälat Stychel schließt die Zusammenkunft mit der innigsten Aufforderung zur weiteren Arbeit, trotz der vielen Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten, welche uns gewiß von der Erfüllung unserer Pflichten gegenüber dem Arbeiterstande nicht abschrecken werden.

Nach fast dreistündiger Beratung, schloß der Vorsitzende mit den Worten „Gelobt sei Jesus Christus“ die Zusammenkunft.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 140 des Pielgrzym (Pielgrim)
vom 21. November 1911:

Prozesse der deutschen Geistlichen.

I.

In unserer Diözese herrschen in vieler Beziehung beweinswerte Zustände, so daß angesehene Geistliche anderer Diözesen es geradezu nicht begreifen können, wie das möglich ist. — Ich will aber nicht die berechtigten Klagen und Beschwerden wiederholen, denn diejenigen, die dem Übel abhelfen könnten und müßten, wollen sogar sehr häufig seine Existenz nicht anerkennen, als wenn sie, durch eine chinesische Mauer abgeschlossen, die offensichtlichsten Bedürfnisse nicht kennen und verstünden, sondern vielmehr in jeder Klage nur einen ungerechtfertigten Anspruch und Mangel an Achtung erblickten. Sie vergessen aber, daß Vertrauen und Liebe nur dort geweckt und bestehen können, wo die gehörigen Rücksichten, wo Vertrauen und Liebe geboten werden und Fürsorge erwiesen wird.

Aber eine brennende Frage ist ein Übel, das durchaus ausgerottet werden muß, da es unter den breiten Volksmassen Argernis bereitet und schreckliche Folgen nach sich zieht. — Und dieses Übel sind die Prozesse der Geistlichen.

Wie die breiten Massen darüber denken, will ich in Kürze öffentlich darlegen und der Erwägung anheimstellen.

Ein Geistlicher darf fast niemals beim Zivilgericht einen Prozeß anhängig machen, es sei denn, daß es keinen anderen Ausgang gibt und ein Zivilprozeß zur Verteidigung der Rechte sowie Interessen der Pfarodie, Kirche und der Pfarrei durchaus notwendig ist.

Aber auch in den sogenannten materiellen Angelegenheiten muß ein Geistlicher zuerst alle legalen Mittel anwenden, um Streitfälle friedlich zu schlichten; und nur dann, wenn sich alle Bemühungen, eine allseitig gerechte Sache auf friedlichem Wege zu erledigen, als vergeblich erwiesen haben, wenn die Gegenpartei halsstarrig und allen Ausführungen gegenüber taub verbleibt sowie die Verpflichtungen nicht anerkennen will, kann oder muß er einen Prozeß anstrengen, um der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. — Wenn es sich z. B. um Streitfälle mit Korporationen, Gemeinden oder mit dem Fiskus handelt, wird ein, wenn auch schwieriger Prozeß, keine Erbitterung hervorrufen, sondern häufig der Geistliche noch Anerkennung finden, der die kirchlichen und präpstlichen Rechte so mannhaft und geschickt verteidigt. — Mehr Überlegung sowie

allseitige Erwägung und das Suchen nach Mitteln zur friedlichen Erledigung bedarf es, wenn es sich darum handelt, Privatpersonen gegenüber seine Rechte geltend zu machen; denn solche Personen verbreiten auf ihre Weise, daß ihnen Unrecht geschieht, wenn auch die Ungerechtigkeit auf ihrer Seite wäre.

Daher muß der Geistliche sogar auch in materiellen Angelegenheiten recht rücksichtsvoll und vorsichtig sein, um nicht unwillkürlich ein scandalum pusillorum hervorzurufen.

Schlimmer steht es bei einem Beleidigungsprozeß. Ein Geistlicher könnte nur dann einen Prozeß anstrengen, wenn der Gegner unter keinen Umständen eine Verleumdung, die geeignet wäre die Standesautorität zu untergraben, zu widerrufen bereit ist, sodaß der ganze Priesterstand dadurch beleidigt wird und der betr. Geistliche soviel an Autorität verlieren würde, daß er mit Erfolg nicht arbeiten könnte.

Es müssen also zwei Sachen berücksichtigt werden:

1. böser Wille, Falschheit und Halsstarrigkeit beim Gegner,
2. eine derartige Untergrabung der Priesterautorität, daß der Geistliche nicht segensreich wirken könnte, wenn die Grundlosigkeit des Vorwurfs nicht öffentlich bewiesen würde.

Ein Geistlicher darf den ersten besten Nachreden und Vorwürfen gegenüber nicht allzusehr empfindlich sein.

Überall finden sich unwürdige Menschen, die bereit sind, den Geistlichen mit Schmutz zu bewerfen. Wenn man weiß, daß die Mehrheit der Pfarodie den bösen Zungen nicht glaubt, dann wird der Geistliche sagen: Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun — und fertig!

Wenn es eine schwere oder öffentliche Verleumdung ist, welche die Autorität und Wirksamkeit des Geistlichen untergraben würde, dann darf sich der Geistliche auch nicht gleich unter den Schutz des Staatsanwalts begeben. Erst muß der Geistliche zur öffentlichen Genugtuung auffordern. Sollte der Gegner hartnäckig sein, dann möge der Geistliche die Sache einem Schiedsgericht vorlegen, dessen Urteil in allen den Blättern veröffentlicht werden müßte, welche die Verleumdung gebracht haben.

Wenn die Verleumdung nur in der Pfarodie selbst und in der Umgegend bekannt sein sollte, dann wäre das Urteil mit Erlaubnis der Behörde von den Kanzeln herab zu verlesen, und in der Pfarodie jenes Geistlichen hätte es der Herr Dekan zu verlesen. — Wenn der Gegner unwürdig wäre, dann müßte der Geistliche die Sache der Dekanatsversammlung der Geistlichen und schließlich der Behörde vorlegen, um nach einem erfolgreichen Mittel gegen den Verleumder zu suchen; nur wenn das nichts nützt, wäre ein Prozeß begründet und gerecht.

Für einen katholischen Geistlichen muß ein Prozeß vor einem Zivilgericht ein widriges und nur das äußerste Mittel sein; sogar in den schlimmsten Fällen muß der Geistliche mit einem Prozeß solange warten als es nur möglich ist.

Argernis und Erbitterung hervorrufende Prozesse von Geistlichen gegen Zeitungen wären keineswegs die äußerste Notwendigkeit; es scheint mir vielmehr, daß jene Geistlichen nicht alle Mittel der schiedsgerichtlichen Verteidigung angewendet haben. — Ich will darüber nicht entscheiden, ob die Zeitungen jenen Geistlichen Unrecht zugefügt haben, ob im gegebenen Falle das Unrecht derart war, daß es zu einem Prozeß berechtigt hätte. — Unsere Blätter haben die Aufgabe, die berechtigten Interessen des polnischen Volkes zu verteidigen — auch den Geistlichen gegenüber, die die Rechte des polnischen Volkes schmälern möchten. —

Das Volk ist nicht für die Geistlichen da, sondern die Geistlichen für das Volk „pro hominibus constituitur — qui condolere possit iis, qui ignorant et errant, quoniam et ipse circumdatus est infirmitate“. — O, wenn jeder Geistliche auf das Beispiel und die Lehre des Erlösers, auf die Worte der Apostel und auf die Beispiele der Heiligen gut achten wollte, dann würde er sich schwer entschließen, einer Bagatelle wegen Leute und Zeitungen vor Gericht zu ziehen, sondern er müßte sich vielmehr überlegen, ob er nicht selbst Anlaß zu den ihm gemachten Vorwürfen gegeben hat, wenn sie auch übertrieben sein sollten. Wenn er sich wirklich geschädigt fühlen sollte, dann könnte er doch Gegenbeweise anführen und sie mit Erklärungen angesehenen Leute und der Geistlichen aus der Umgegend unterstützen. Die Redaktion einer katholischen Blattes würde ein Versehen gern einsehen und eine entsprechende sowie ausreichende Genugtuung geben.

Aus Nr. 141 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 23. November 1911:

Prozesse der deutschen Geistlichen.

II.

Was haben die Geistlichen durch die Prozesse erreicht? Sie haben die verantwortlichen Redakteure, die im guten Glauben die Artikel veröffentlicht haben, schweren Strafen ausgesetzt, und sie haben eine derartige Verbitterung hervorgerufen, daß viele Leute jetzt wirklich kein Vertrauen mehr zu ihnen haben, sondern vielmehr eine Abneigung gegen sie empfinden werden. Ich weiß es nicht, aber nehme es an, daß der Ausgang der Prozesse wohl einen niederschmetternden Eindruck auf jene Geistlichen gemacht haben müsse, denn Freude und Zufriedenheit sind in solchen Fällen wohl bei keinem wahren Katholiken möglich, und um so weniger bei einem Priester.

Und wie urteilt die bischöfliche Behörde über jene Prozesse?

Die bischöfliche Behörde kann jene Prozesse unter keinen Umständen loben, sondern sie muß sie verurteilen, wenn auch nur aus dem Grunde, daß sie unter den breiten Massen Argernisse hervorrufen und zu überaus harten Strafen führen.

Die Behörde weiß wohl, daß es noch zu einer größeren Erbitterung hätte kommen können, wenn die angeklagten Redakteure denselben Weg bei ihrer Verteidigung hätten gehen und ebenso rücksichtslos hätten sein wollen. — Es ist bekannt, daß ein Blatt ein sehr radikales Mittel vorgeschlagen hat; ich zweifle, ob man heute das noch tun möchte, denn wir sind zu sehr ans Leiden gewöhnt; schließlich könnte aber das Maß derart überlaufen, daß die Rücksichtslosigkeit durch Rücksichtslosigkeit vergolten werden würde. Das wäre aber wohl nicht erprießlich.

Die Behörde muß ein solches Argernis verhindern. Und sie kann es verhindern, wenn sie es will; uns wird es an dem guten Willen nicht fehlen. — Und was soll die bischöfliche Behörde machen? Möge die bischöfliche Behörde mehr Nachdruck darauf legen, daß der künftige Geistliche alles für alle sein soll, daß er also das Seminar ohne ungerechte Vorurteile verlassen muß, daß er sich zur strengen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen muß, daß er von der tiefen Überzeugung durchdrungen sein muß, daß „das Volk nicht für den Geistlichen, sondern der Geistliche für das Volk da ist.“

Jeder Priesterkandidat muß die polnische Sprache so gut beherrschen, daß er verhältnismäßig korrekt eine

polnische Predigt halten kann, daß er in der Lage ist, ohne große Schwierigkeiten die polnischen Kinder zu katechisieren und mit dem polnischen Volke polnisch zu sprechen. Wenn der Kleriker Abneigung gegen die polnische Sprache verrät, wenn er sie sich nicht ausreichend aneignet, dann ist er selbstverständlich nicht würdig, in unserer Diözese zu arbeiten — deshalb darf er nicht konsekriert werden. Wenn er trotz guter Kenntnisse später germanisatorische Gelüste verraten sollte, dann müßte die Behörde sie entschieden tadeln und ihn aus der Diözese zurückberufen, wenn der Tadel nichts nützen sollte, denn die Kirche gibt doch allen gleiche Rechte, und die priesterliche Wirksamkeit sowie das priesterliche Amt sind kein Feld für deutschpatriotische Bestrebungen. Wir fordern von der bischöflichen Behörde und von den Geistlichen nur Gleichberechtigung und Gerechtigkeit — weiter nichts. Übrigens möge die Behörde einstweilen, bis die obigen Normen streng durchgeführt sind, nicht solche deutschen Geistlichen in polnische Parochien schicken, welche die polnische Sprache nicht ausreichend beherrschen, aber auch nicht solche, die überall und immer durchaus ihren deutschen Patriotismus bekennen wollen, ohne Rücksicht auf das Wohl der Parochianen — dann wird es keine Klagen und Beschwerden, sowie keine kritisierenden Artikel geben.

Die bischöfliche Behörde muß auch bei Strafe der Suspendierung durchaus verbieten, daß ein Geistlicher ohne besondere Ermächtigung der Behörde einen Prozeß anstrengen darf.

Und ehe die Behörde im gegebenen Falle eine derartige Ermächtigung gibt, müßte sie genau das pro und contra prüfen, beide Seiten hören, vom Dekan und den benachbarten Geistlichen nähere Informationen einziehen und sich schließlich überzeugen, ob alle Mittel zur friedlichen Schlichtung angewendet worden sind.

Aus Nr. 142 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 25. November 1911:

Prozesse der deutschen Geistlichen.

III.

Wenn bei uns mehr gegenseitiges Vertrauen herrschte, dann würde gewiß die Redaktion jeder katholischen Zeitung jedesmal gern eine Abschrift der Korrespondenz der Behörde einreichen, damit sie die Sache eingehend prüft und dem Übel abhilft, aber recht schnell. Keine Redaktion bringt gern Artikel, die diesen oder jenen Geistlichen kritisieren. Doch wenn die Petitionen und Denkschriften leider ohne Erfolg bleiben, wenn das Übel nicht geringer, sondern vielmehr größer wird, dann müssen die Zeitungen die Rechte des polnischen Volkes verteidigen, dann müssen sie eine Germanisierung durch die Kirche hindern, wenn sie auch noch schlimmer leiden müßten und wenn sie zur Verteidigung des Volkes und zur eigenen Verteidigung auch zu den äußersten — moralisch erlaubten Mitteln greifen müßten. Wir verdammen nicht alle Geistlichen deutscher Nationalität, im Gegenteil, wir hegen die herzlichste Anerkennung und Dankbarkeit für diejenigen deutschen Geistlichen, die vorurteilslos ganz gerecht vorgehen. Wenn man in der Diözese herumfragen würde, dann würde man sich überzeugen, daß eine ganze Masse deutscher Geistlicher beim polnischen Volke sowie bei der polnischen Intelligenz und den polnischen Geistlichen Achtung und Vertrauen genießt.

Wenn irgendwo unter dem polnischen Volke Unzufriedenheit entsteht, dann ist der deutsche Geistliche daran schuld und nicht das Volk, denn unser Volk verlangt nie zuviel, sondern es begnügt sich mit Wenigem

und es fordert nur die Achtung seiner Rechte und Gerechtigkeit.

Meine Herren und Geistlichen, ihr müßt die Tatsache anerkennen, daß man das polnische Volk heute in „friedlicher“ Weise durch die Kirche nicht mehr germanisieren kann, wie die Geistlichen und Lehrer entgegen jeder Gerechtigkeit ganze Gegenden in Ermland, in der Nordkaschubei und in Schlesien germanisiert haben. — Heute erlauben wir eine derartige Arbeit nicht, sondern wir werden uns bis zum Äußersten verteidigen nicht nur gegen die Germanisierung durch die Kirche, sondern auch gegen die Germanisierung durch die Geistlichen.

Wir verlangen nachdrücklich Gerechtigkeit und Achtung unserer Rechte. — Wenn es derartige Kandidaten für den Priesterstand gibt, die ihre Aufgaben und Pflichten den Polen gegenüber nicht begreifen wollen oder können, dann wehren wir ihnen nicht, nach deutschen Diözesen zu ziehen.

Das Westpr. Volksblatt und auch manche deutsche Geistliche, übrigens auch solche, die das polnische Volk nicht schädigen, sind entrüstet darüber, daß die Artikel, welche die Geistlichen und eventl. auch die Behörde kritisieren, die Autorität des Priesterstandes untergraben. Es kann ja in dieser Behauptung etwas Wahres liegen, aber nur insofern, als diejenigen an Autorität verlieren, die schlecht handeln, und die sind doch selbst daran schuld.

Übrigens werden diese Herren auch sicher wissen, daß die Deutschen in anderen Ländern nicht minder empfindlich sind. Über die irländischen Geistlichen wurde nicht wenig geklagt, und zwar nachdrücklicher, als wie wir es tun. Einen Geistlichen haben sie gelobt, weil er eine deutsche Schule und ein deutsches Seminar gegründet hat, damit die Deutschen geborene Deutsche als Geistliche haben.

Na, man könnte gewiß noch mehr Fälle anführen, wie empfindlich und reizbar die Deutschen sind, wenn es sich um ihre Rationalität handelt. Weder das Westpr. Volksblatt noch die Geistlichen werden sagen: Ja, Bauer, das ist was anderes! Ich bin überzeugt, daß die Deutschen etwas mehr Lärm machen würden, wenn sie irgendwo so behandelt werden sollten, wie wir auf unserem vaterländischen Boden behandelt werden.

Wir waren zu lange außerordentlich rücksichtsvoll, deshalb denken sie, daß man uns mit dem Schlechtesten abfertigen und zufrieden stellen kann. — Nicht genug, daß man bei uns die deutsche Sprache als Amtssprache eingeführt hat, obwohl vier Fünftel der Diözesanen und mehr wie drei Viertel Geistliche Polen sind, nicht genug, daß wir bei der Behörde nicht die genügende Anzahl Vertreter haben, nicht genug, daß die polnischen Geistlichen weder genügend berücksichtigt werden, noch fürsorgliches, tätiges Wohlwollen erfahren, sollen wir gewiß noch ruhig sein, wenn unserem Volke Unrecht geschieht. — O nein, das ist zuviel! — „Höret auf, denn ihr treibt ein böses Spiel — es handelt sich um unser Leben.“ — Und das Leben der Nation — seine Erhaltung ist nicht minder wertvoll, als das Leben des Einzelnen, darum ist eine nachdrückliche Selbstverteidigung begründet und gerechtfertigt.

Niemand, und auch wir wollen es gewiß nicht, daß das polnische Volk in der Verteidigung seiner Rechte und seiner Existenz andere als legale, moralische — aber die schärfsten Mittel anwendet.

Aber auch mit einer Kirchhofsruhe können wir uns nicht einverstanden erklären, sondern wir warten und sehnen uns nach einer Ruhe, die sich auf einer allseitigen Berücksichtigung und auf Gerechtigkeit stützt.

Aus Nr. 138 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)
vom 21. November 1911:

Polnische Banken.

An den Bericht über den in Posen stattgefundenen polnischen Genossenschaftstag schließt die Gazeta Olsztynska folgende Ausführungen:

Soll denn mit dem Tode des Prälaten Wawrzyniak der Gedanke der Gründung von polnischen Banken in Ermland verloren gehen? Gibt es denn bei uns keinen einzigen Mann, der fähig wäre, den Gedanken der Gründung von polnischen Banken in Ermland aufzunehmen und zu verwirklichen? Wir haben doch in Ermland viel mehr intelligentere und bessere Bauern als in Masuren. Das ermländische polnische Volk ist viel geweckter als das Masurische. Wir haben in Ermland viel Spreu, aber auch viel tüchtige Kerls. Wir wissen, daß uns so mancher Ermländer antworten wird: Wozu sollen polnische Banken gegründet werden, wenn wir in jeder Parochie eine deutsche ermländische Kasse schon haben. Diejenigen, welche so fragen, dürfen nicht vergessen, daß diese ermländischen Kassen deutsch sind und vom deutschen ermländischen Verband und von der deutschen Zentralkasse in Wormbitt abhängen. Es ist allerdings richtig, daß in einigen dieser Kassen unsere Wirte regieren und daher zu ihnen volles Vertrauen haben können, doch es darf nicht vergessen werden, daß diese Kassen auch von der deutschen Zentralkasse abhängig sind. Wir wissen doch, wie die deutschen Ermländer uns abgeneigt sind und wie sie den Augenblick kaum erwarten können, wo die Polen aus Ermland ganz verschwinden würden. Da sie nun sehen, daß das polnische ermländische Volk nicht zurückgeht, sondern immer stärker wird und aus seiner Verschlagenheit sich immer mehr anfrückt, könnten sie uns leicht boykottieren und vor allen Dingen denjenigen kein Geld aus den Kassen geben, die offen als Polen auftreten. Das kann hauptsächlich bei den Kassen geschehen, in welchen die Deutschen regieren und wo im Vorstände keine Polen sitzen. Da wir unsere ermländischen Deutschen kennen, müssen wir sehr daran zweifeln, ob die Zentralkasse sich der Kassen in Polnisch-Ermland ebenso liebevoll annehmen würde wie in Deutsch-Ermland. Wer weiß, ob die Herren, die in der Zentralkasse regieren, sich nicht sagen würden, daß man sich „um die Pollaken“ nicht allzusehr zu kümmern braucht.

Wäre es da nicht gut, an die Gründung von polnischen Banken zu denken! Werden zu den schon existierenden deutschen Banken noch polnische hinzukommen, dann wird es eine Konkurrenz geben und die ermländischen Kassen werden nirgends mehr hochmütig gegen die Polen auftreten können, denn es wird den Kassen darum gehen, das Volk an sich zu locken. Außerdem wird das polnische Volk dann eigene polnische Banken haben, die die polnische Sprache gebrauchen, ihre Bücher in polnischer Sprache führen und auch ihre Sitzungen in unser und nicht in der uns aufgedrungenen Sprache abhalten werden. Wir haben die Hoffnung, daß auch bei uns sich Männer finden werden, die imstande sein werden, den Gedanken der polnischen Banken in Ermland in die Tat umzusetzen.

Aus Nr. 141 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)
vom 28. November 1911:

Wohin will man uns führen?

Obige Frage stellen wir ganz ernsthaft dem Zentrum in Ermland. Das Zentrum ist ein trockner, verfaulter Ast, den man, soll er nicht anders den

Stamm anstecken, notwendiger Weise abhauen muß. Die Zentrumsleute sind keine wahrhaftigen Katholiken — „denn an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ — so sagte selbst der göttliche Heiland. Aber wozu sollen wir hier alle Wahrheiten unseres heiligen Glaubens, göttliche Wahrheiten, welche in der heiligen Schrift und im Evangelium geschrieben stehen und welche uns jeden Sonntag und Feiertag in unseren Kirchen verkündet werden, zitieren? Auf den soeben in Polnisch-Ermeland beendeten Missionen haben sich die Missionare fast die Zungen ausgerebet bei der Verkündigung dieser uralten, evangelischen Wahrheiten — und das zuhörende Volk demütigte sich vor Gott und gelobte Besserung. — Aber natürlich nur das Volk soll hören und sich bessern; doch denjenigen, die sich zum Volke nicht zählen, genügt es, wenn sie dem Zentrum angehören und die polnischen Geistlichen und das polnisch-katholische Volk in rücksichtsloser und ungerechter Weise bekämpfen. Dies gereicht ihnen zum höchsten Ruhm. Sollen wir ihnen dies noch deutlicher schreiben und ihre eigenen Worte zitieren?

Wo steht denn in der heiligen Schrift die Ausrottung eines Gott und der Kirche treuen polnisch-katholischen Volkes, das von den Deutschen und verdeutschten Zentrumsleuten so glühend gehaßt wird, geboten?

Das Generalvikariat hat eine Verfügung erlassen, wonach es ungebührlich sein soll, Pfarrhäuser oder Pfarrländereien zur Veranstaltung von politischen Versammlungen herzugeben — wenn polnische Geistliche ohne Genehmigung des Ortspfarrers Wahlreden halten. Es soll also angeblich ungebührlich sein, wenn ein polnischer Geistlicher ohne Genehmigung des Ortspfarrers dessen Pfarrgrundstücke betritt. Aber wer baut denn die Pfarrhäuser? Es ist wahr, daß dies die deutschen Handwerker tun — das Geld hierzu müssen aber die polnischen Parochianen geben. An die Pfarrhäuser und Pfarrgrundstücke haben außer dem Pfarrer noch andere und auch der Kirchenvorstand ein Recht.

Den Geistlichen als Staatsbürgern ist es als Polen nicht erlaubt, den Grund und Boden des Zentrumsgeistlichen zu betreten, um dort den Wählern — Bürgern eine Wahlrede zu halten. Aber den Zentrumsgeistlichen, mögen sie aus Braunsberg oder vom Rhein her sein, denen ist es erlaubt, hinzugehen, wohin sie wollen und zu reden, was sie wollen auf die verhassten Polen. Auch in Barten ist es erlaubt gewesen, im feierlichen Augenblick in der Kirche eine Rede zu halten, die wir lieber verschweigen wollen.

Auf alles dies schüttelt unser Volk die Köpfe, denn diese Sachen der Zentrumsleute regen unser Volk mächtig auf und erbittern dasselbe. Wohin wollen sie uns nun führen?

Das, worüber man aus Bischofsburg berichtet, geschieht sicherlich auch anderwärts, wenn nicht überall. Daß dort die Zentrumsleute die Gemeindevorsteher und andere Anhänger zusammenrufen und ihnen für die Wahl des Geistlichen Klix zu agitieren befehlen, das ist fast empörend. Sie haben nun einen deutschen Geistlichen, der polnisch spricht, gegen einen geborenen polnischen Geistlichen aufgestellt, und durch diesen Köder wollen sie unsere polnischen Leute in diese verräterische Falle locken. Ist das katholisch? Das nennt man den Leuten die Köpfe verdrehen! Die Lutheraner reiben sich die Hände vor Freude und aus Empörung, daß katholische Geistliche mit ihrem polnischen Volke auf diese Weise verfahren. Die Fälle sind nicht selten, wo verwirrt gemachte Katholiken in Masuren sagen: „Ich will lieber in die evangelische Kirche gehen, denn dort lehrt man in der polnischen

Sprache — als in die katholische Kirche, wo alles deutsch ist.“

Die polnischen Geistlichen haben keine Irrlehren hervorgerufen. Luther und seine Anhänger waren Deutsche Also wohin will man uns denn führen?

Wir Polen stellen entschieden fest, daß wir den Zentrumsleuten nicht einen Schritt weichen werden, denn wir haben das freie Wahlrecht und das göttliche Recht der freien Existenz und der loyalen Wirksamkeit hinter uns. Der Geistliche Barczewski ist unser Kandidat, er ist unter uns geboren und aufgewachsen, daher kennt er alle unsere Bedürfnisse sehr genau. Ihn werden wir auch alle ins Parlament wählen. Machen wir uns nur flink und energisch an die Arbeit — mögen sich alle gegenseitig anspornen — denn das ist unsere polnisch-bürgerliche Pflicht.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 142 des Polak (Kattowitz)
vom 28. November 1911:

Offener Brief des Abgeordneten Korsantych an die Wähler des Wahlkreises Kattowitz-Zabrze.

Liebe Landsleute!

Als ihr mir im Jahre 1903 nach heftigem politischen Kampfe euer Vertrauen schenktet und mir aus Oberschlesien das erste Reichstagsmandat der polnischen Fraktion übertrug, richtete die polnische und deutsche politische Welt aufmerksam ihre Augen auf das polnische Oberschlesien und begann sich mit ihm lebhafter zu befassen wie bisher. Unsere nationale Bewegung, die zum ersten Male in diesem für uns alle denkwürdigen Jahre ihre Kraft bewiesen hat, schritt dann von Sieg zu Sieg, so daß Oberschlesien schon heute fünf nationale Abgeordnete in die polnische Fraktion entsendet und im nächsten Jahre ihrer sieben entsenden wird, so Gott will. Auf diese Weise strafte das polnische Volk die Prahlereien unserer Feinde, daß die polenfeindliche Politik immer größere Früchte ernte und unser Landesteil den polnischen Charakter verliere, am nachdrucksvollsten Lügen. Die bei jeder Wahl wachsende Zahl der für die polnischen Abgeordneten abgegebenen Stimmen, die wachsende Zahl der polnischen Mandate sind der beste Beweis, daß Oberschlesien polnisches Land ist. Daß die Praktiken des polenfeindlichen Systems das ersehnte Ziel, die Eindeutschung Oberschlesiens, nicht erreichen können, dafür sind die augenscheinlichsten Zeugen die Niederlage der polenfeindlichen Politik der Regierung und ihrer Helfer.

Seit der Zeit, da ich aus euren Händen das Reichstagsmandat annahm, hielt ich es für meine Hauptaufgabe, sei es von der Rednerbühne des Reichstags, sei es in zahlreichen Kommissionen, an denen ich teilnahm, die Regierung und die öffentliche Meinung auf die ungewöhnlichen Unbilden dieses armen polnischen Volkes in Schlesien, dessen Sohn ich bin, hinzuweisen. Nach meinen Kräften und Fähigkeiten brachte ich dort in Berlin die uns in religiöser, nationaler, staatsbürgerlicher und wirtschaftlicher Beziehung widerfahrenden Ungerechtigkeiten zur Sprache. So oft sich mir Gelegenheit bot, arbeitete ich nach meinen bescheidenen Kräften an der Verbesserung und Erweiterung der staatsbürgerlichen Rechte des Volkes und der die Schwachen gegen die Ausbeutung der Mächtigen schützenden Gesetze.

Wunder wirken konnte ich nicht, was mir alle diejenigen bezeugen werden, die meine persönlichen Verhältnisse näher kennen. Ohne aufzuatmen, arbeitete ich im Winter in Berlin, und im Sommer lief ich von Versammlung zu Versammlung, um das Volk zur Ausdauer im Kampfe um die idealen Güter, den Glauben und das Vaterland anzufeuern, um in ihm die Liebe zur Aufklärung zu wecken, um es zu überzeugen, daß es sein materielles Los nur durch Solidarität auf dem Boden der Berufsorganisation verbessern könne.

Die letzten zehn Jahre meines Lebens waren Jahre eines unaufhörlichen Kampfes. Aber ich führte ihn, weil ihn das Wohl unseres Volkes verlangte. Es hat wenig zu sagen, daß ich persönliche Bequemlichkeiten, das Familienleben, hingab, daß ich die erste Pflicht jedes Vaters, für die Familie zu sorgen, vernachlässigte.

Ein hervorragender deutscher Politiker sagte zu mir unlängst folgende bezeichnende Worte: „Wenn die Sakatisten vernünftig wären, so sollten sie nichts mehr wünschen, als das, daß Sie, Herr Rapierski und auch ähnliche Männer, die sich durch Tatkraft und Ausdauer auszeichnen, alle als Abgeordneten gewählt und aus der Heimat nach Berlin entsandt würden. Dann seid ihr für sie ein halbes Jahr unschädlich, die Organisations- und Aufklärungsarbeit unter dem polnischen Volke wird auch weiterhin brachliegen, und das sind die größten Erleichterungen für die eurer Sache feindseligen Bestrebungen.“

Und dieser Deutsche hatte Recht. Die letzten zehn Jahre des politischen Kampfes in unserem Landesteil stellten zwar öffentlich fest, daß Oberschlesien polnisches Land ist und es bleiben will; und bei den bevorstehenden Wahlen werden wir, so Gott will, die übrigen Mandate aus den polnischen von Deutschen innegehabten Wahlkreisen abnehmen und das Endziel unserer parteipolitischen Kämpfe erreichen. Indes lag während dieser zehnjährigen politischen Kämpfe um die Erweiterung unseres politischen Besitzstandes, die Aufklärungs- und Organisationsarbeit, fast völlig brach, weil sie nur gelegentlich ausgeführt werden konnte. Gelegentliche Arbeit aber kann niemals die erwünschten Erfolge zeitigen.

Es ist also die Zeit gekommen, daß das wieder gut gemacht wird, was notgedrungen vernachlässigt werden mußte, daß die Aufklärungs- und Organisationsarbeit in Angriff genommen wird, damit es dann nicht zu spät wäre. Ich bin nicht nach Titeln und Würden gierig, denn ich hielt das Mandat nie für eine die persönliche Eitelkeit befriedigende Ehre, sondern für eine strenge Pflicht, und darum werde ich mit Rücksicht auf das Wohl der Sache und meiner Familienverhältnisse ein Mandat in der nächsten Legislaturperiode nicht annehmen. Schon vor 1½ Jahren teilte ich dies dem Provinzialkomitee mit; von gewisser Seite wurde meine Absicht mit Mißtrauen aufgenommen, zumal mir auch meine Wähler in zahlreichen Versammlungen ihr Vertrauen ausdrückten. Aber mir nahestehende Leute wissen, daß ich aus den oben dargelegten Gründen nicht zu kandidieren beabsichtige.

Die Kreiswahlkomitees Rattowitz-Land, Rattowitz-Stadt und Zabrze stellten meine Kandidatur wiederum an erster Stelle auf, zwei von diesen Komitees taten es einstimmig. Ich verstehe, dieses Vertrauen zu schätzen, und ich bin meinen Landsleuten dafür dankbar. Ich weiß, daß die ungeheure Mehrheit der polnischen Bevölkerung im Wahlkreise Rattowitz-Zabrze treu auf meiner Seite steht, ja sogar andere Wahlkreise boten mir ihr Mandat an. Für das große Vertrauen und die Anhänglichkeit an mich dankend, erkläre ich, daß ich fernerhin ein Mandat nicht annehmen werde.

Seit Monaten sah ich mich nach meinem Nachfolger um. Ich bin der Ansicht, daß der Wahlkreis Rattowitz-Zabrze als der am meisten industrielle einem polnischen Arbeiter gebührt, aber nicht deshalb, weil der Kandidat ein Arbeiter ist, denn dies ist noch keine Empfehlung, sondern deshalb, weil er ein guter Pole und Katholik ist — und nach dem Maße seiner Kräfte die Abgeordnetenpflichten zu erfüllen verstehen wird. Nach genauer Prüfung der Sache bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß mein geeignetster Nachfolger Herr Adalbert Sosinski, der Vorsitzende des Zentralvorstandes der polnischen Berufsvereinigung, sein wird. Nachdem ich ihn näher kennen gelernt, überzeugte ich mich, daß er die Pflichten eines polnischen Abgeordneten erfüllen kann. In den Rattowitzer Komitees habe ich der Sache eine solche Richtung gegeben, daß die Kandidatur des Herrn Sosinski an zweiter Stelle aufgestellt worden ist. Nach meiner Verzichtleistung steht er dort an erster Stelle. Im Zabrze Komitee stand an zweiter Stelle Herr Rymer. Dieses Komitee stellte auf meine Bitte Herrn Sosinski als ersten Kandidaten auf, und an zweiter Stelle mich, um mir seine Anerkennung auszudrücken, wofür ich hiermit danke.

Im Zabrze Komitee wurde auf mich gedrungen, daß ich die Kandidatur von neuem annehmen solle, es bestehen darauf meine bisherigen Fraktionskollegen, hervorragende Vertreter des Volks bitten mich darum, meinen Entschluß werde ich aber leider nicht ändern.

Wenn ich in meinen Absichten noch unschlüssig hätte sein können, so kann ich nach den Erfahrungen aus den letzten Zeiten meinen Willen nicht ändern. Einige Menschen, die sich schwülstig als Wächter der Moral ausgeben, suchten nicht nur mir die Ehre und den guten Ruf zu rauben, sondern dieses selbe Los ereilte auch meine Frau, weil sie meine Frau ist. Und das alles aus Parteilichkeit. Alle wissen genau, wo diese Leute zu suchen sind.

Ich danke euch also, liebe polnischen Brüder, für das Vertrauen, das ihr mir geschenkt, wie kaum einem andern. Ein Mandat werde ich in Zukunft nicht annehmen, aber in der Heimat werde ich mich zum Wohle des polnischen Volkes noch mehr betätigen als bisher.

Ich bitte euch herzlich, das Vertrauen, welches ihr mir entgegenbringt, auf die Person des Kandidaten, auf Herrn Adalbert Sosinski, den ich euch im Einvernehmen mit unseren Wahlinstanzen empfehle, zu übertragen und die Agitation beizeiten in Angriff zu nehmen. Wenn jeder von euch seine Pflicht erfüllen wird, dann wird der 12. Januar 1912 für das polnische Volk ein Tag des Sieges und Triumphes sein.

Mit Brudergruß

Adalbert Korfanty.

Beuthen O.-S., den 24. November 1911.

Zum Verständnis der letzten Absätze des voranstehenden Schreibens und zum Verständnis der Ursachen, die bei Herrn Korfanty in seiner Unschlüssigkeit, ob er ein Mandat annehmen soll oder nicht, die Waagschale hinüberneigten, bringen wir noch folgenden kurzen Artikel, der in unseren Tageszeitungen noch vor Veröffentlichung des vorliegenden offenen Briefes stand. Der Artikel lautet:

Einige Mitarbeiter des Rattowitzer Blättchens der Nationaldemokraten verbreiteten seit längerer Zeit unter dem Volke Gerüchte, welche die Ehre und den guten Ruf des Abgeordneten Korfanty schmälerten. Vor mehreren Wochen beriefen die Anhänger dieses Blattes eine vertrauliche Versammlung ein, in welcher die Angelegenheiten erörtert wurden und beschlossen wurde, gegen die Kandidatur des Herrn Korfanty Einspruch zu erheben. Die Ausführung dieses

Beschlusses übernahm Herr Kosicki, der in privaten Briefen, die diese Vorwürfe enthielten, verschiedene Leute aufforderte, diesen Einspruch zu unterschreiben. Und dieser Einspruch wurde gleichzeitig dem Provinzial- und Zentralkomitee übersandt. Das Provinzialkomitee berief Herrn Kosicki zu einer Sitzung und verlangte von ihm, für seine Behauptungen Beweise beizubringen und Zeugen zu nennen. Ursprünglich wollte dies Herr Kosicki nicht tun, aber schließlich willfahrte er dem Wunsche des Komitees. Das Provinzialkomitee prüfte die ganze Angelegenheit genau und gewissenhaft. Herr Kosicki zog in einem von ihm unterzeichneten Protokoll alle gegen den Abgeordneten Korfanty erhobenen Vorwürfe vorbehaltlos zurück und erklärte, daß ihm in anbetracht dessen nichts übrig bleibe, als Herrn Korfanty Abbitte zu leisten. Das Komitee entschied, daß die in dem Einspruch gegen die Kandidatur des Abgeordneten Korfanty erhobenen Vorwürfe leichtfertig und unbegründet sind.

Wir haben den Eindruck, daß Herr Kosicki und eine große Anzahl derjenigen, die den Einspruch unterschrieben haben, im guten Glauben gehandelt haben und politischen Schwindlern zum Opfer gefallen sind. Daher messen wir ihnen auch keine so große Schuld bei. Aber es ist ein Skandal, daß in Oberschlesien straflos politische Banditen grassieren dürfen, die den politischen Gegnern Ehre und Ruf rauben. Im Namen der Nationaldemokratie erklärte einer ihrer hervorragenden Vertreter in der Sitzung des Komitees, daß seine Partei „mit dieser Schusterei“ nichts gemein habe. Aber das hilft nicht viel, wenn sich einzelne Personen, deren sich die Nationaldemokratie bedient, „diese Schustereien“ zuschulden kommen lassen trotz der Warnungen der besonnenen Personen, wie z. B. des Herrn Kaprjak, der in jener berüchtigten vertraulichen Versammlung davon abriet, so leichtfertige Schritte zu unternehmen.

Solche Verhältnisse, wie gegenwärtig, hat Oberschlesien noch nicht gesehen. Es sah noch nicht, daß aus Parteihaß Gegner in leichtfertiger und verläumderischer Weise ihrer Ehre und ihres Rufes beraubt, daß sogar die Frauen der Gegner mit Schmutz beworfen worden wären, wie es diese „Wächter der politischen Moral“ tun. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Genossenschaft, welche das Blatt der Nationaldemokraten herausgibt, Dr. Seyda selbst nannte einen solchen Kampf eine Schusterei oder bediente sich einer ähnlichen Bezeichnung, und Mitglieder dieser Genossenschaft drohten mit ihrem Austritt, wenn dieses Blatt diese Banditenarbeit nicht einstellen werde. Das Verhalten dieser Personen überlassen wir dem Urteil aller ehrlichen Leute.

Aus Nr. 240 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 29. November 1911:

Verfleischung!

In der letzten Nummer unseres Blattes brachten wir schon eine kurze Mitteilung von dem offenen Briefe des bisherigen Abgeordneten des Wahlkreises Kattowitz-Zabrze, in welchem dieser mitteilt, daß er in der nächsten Legislaturperiode ein Mandat nicht annehmen wird. An seine Stelle schlägt Herr Korfanty den Vorsitzenden des Hauptvorstandes der polnischen Berufsvereinigung, Herrn Sosinski aus Kattowitz vor, indem er damit prahlt, er habe der Angelegenheit in den Kattowitzer Komitees eine solche Richtung gegeben, daß die Kandidatur des Herrn Sosinski an zweiter Stelle aufgestellt wurde. Sonderbare und ziemlich lächerliche Prahlereien. Denn als im Wahlkomitee für den Stadtkreis Kattowitz ein Mitglied dieses Komitees, Redakteur der Gazeta Ludowa

Herr Kaprjak aus Kattowitz die Aufstellung Herrn Sosinski's an erster Stelle verlangt hatte, widersetzten sich dem entschieden die übrigen anwesenden Komiteemitglieder, insgesamt Anhänger und zum Teil Funktionäre der Beuthener Blätter, und dem Redakteur der Gazeta Ludowa gelang es nur mit Mühe, Herrn Sosinski auch nur an zweiter Stelle durchzubringen. Die von den Parteianhängern des Herrn Korfanty im Kattowitzer Wahlkomitee vorgeschlagene Kandidatenliste lautete: 1. Korfanty aus Beuthen, 2. Dreyza aus Siemianowitz. Nur dank dem energischen Verlangen des Redakteurs unserer Zeitung gelang es, dem Arbeitervertreter Herrn Sosinski die zweite Stelle in der Kandidatenliste zu erkämpfen. Es ist seitdem noch nicht viel Zeit verflossen, und schon prahlt Herr Korfanty, daß dank ihm Herr Sosinski an zweiter Stelle aufgestellt worden sei. Man muß jeder Scham bar sein, um den Mut zu haben, eine solche Lüge öffentlich auszustreuen. Aber Herr Korfanty ist zu allem fähig.

Herr Korfanty prahlt, er habe das Provinzialkomitee vor 1½ Jahren in Kenntnis gesetzt, daß er nicht kandidieren werde.

Als ihm indessen vor kaum einem Vierteljahr der Schriftführer des Provinzialkomitees Herr Dr. Rozanski an jenen Brief erinnerte, so erklärte Herr Korfanty, er habe auf ein Mandat nicht verzichtet und werde weiter kandidieren. Herr Rozanski mußte ihm erst, um ihm sein Gedächtnis aufzufrischen, jenen Brief vorzeigen.

Herr Korfanty kandidiert angeblich deshalb nicht, weil einige Menschen nicht nur ihm, sondern auch seiner Frau, weil sie seine Frau ist, Ehre und Ruf zu rauben suchten, und weil dies aus Parteihaß geschehen ist. Offenbar will Herr Korfanty den Wolf aus dem Walde hervorlocken und wünscht durchaus, man solle ihm beweisen, daß er auch hier wie gedruckt lügt und daß dies nur eine ganz gewöhnliche Aufschneiderei ist, die dahin zielt, in die polnischen Reihen Verwirrung und Zwiespalt hineinzutragen. Herr Korfanty trachtete und trachtet zielbewußt danach, die polnische Volksversammlung in zwei feindliche Lager zu schalten, in ihr eine tiefe Kluft zu graben, eine solche Verwirrung anzurichten, daß eine einmütige Durchführung des polnischen Kandidaten unmöglich sein wird. Dann wird der Sozialdemokrat oder der Deutsche siegen, und Herr Korfanty wird triumphieren, wird in Versammlungen und in den Zeitungen schreien:

„Seht, als ich kandidierte, hatten die Polen den Wahlkreis inne, wo aber ich nicht da bin, geht der Wahlkreis in fremde Hände über.“ So kalkuliert Herr Korfanty und arbeitet zielbewußt nach dieser Richtung. Zu diesem Zweck bewarft er seit Monaten seine Parteigegner mit dem Schmutz der Lüge und des Hasses, zu diesem Zweck untergrub er durch sein gassenbubenartiges Verhalten das Ansehen und die Bedeutung der Wahlinstanzen, zu diesem Zwecke zerstückte er die ganze politische Organisation im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze, und jetzt, wo Herr Korfanty sieht, daß in diesem Wahlkreise die größte Verwirrung herrscht, wo er sieht, daß er seinen politischen Gegner jede Organisationsarbeit, die die Wahlvorbereitungen erleichtern würde, unmöglich oder wenigstens erschwert hat, jetzt besteigt er das hohe Pferd und prahlt, daß er seinen Platz — das ist charakteristisch — für die „nächste Legislaturperiode“ einem Arbeiter abtrete.

So schreibt Herr Korfanty in seinem offenen Briefe an die Wähler. Sonderbar, daß auch andere Herren vom Schlage des Herrn Korfanty, wie z. B. Herr Kulerski, ein zweiter Zeitungsdemagoge, in der nächsten Legislaturperiode nicht kandidieren wollen.

Offenbar fürchten sie die bevorstehende Zollfrage, die wie ein Demokleseschwert über ihren Häuptern schwebt und den Arbeitern über das „wahre Wohl-

wollen“ dieser beiden Herren für den Arbeiterstand die Augen öffnen könnte.

Noch eins hat Herr Korfanty vergessen. Er sollte nämlich nach dem Beispiel seines Kollegen Kulerski seine besoldeten Agenten Delegationen organisieren lassen, die ihn bitten würden, sein Mandat zu behalten, und dann sollte er (Herr Korfanty) — ebenso wie dies sein „lieber Bruder“ Kulerski zu tun pflegt — bekannt machen, daß er, den Bitten seiner Wähler nachgebend, sein Mandat weiter behalten werde. Nur auf diese Weise wird die Komödie vollständig durchgeführt sein. So aber fehlt der wirkungsvolle Schluß. Aber warten wir ab, wird es doch sicherlich auch dazu noch kommen. Sind doch die Charaktere der Herren Korfanty und Kulerski einander so ähnlich, sind sie doch ihrer Vorfahren würdige geistige Brüder, übertrifft doch in der Lüge und im Haß gegen die Nationaldemokratie einer den andern.

Die Beuthener Herren mußten in einem Wahlkreise des Industriebezirks einen Arbeitervertreter aufstellen, denn dies verlangten die breiten Arbeitermassen. Der obererschlesische Selbstherrscher, Herr Napieralski, befahl, daß sein Erbe der seiner würdige Nachfolger und Vertreter Herr Dombek übernehmen soll. Indessen forderten die Arbeiter dort einen Arbeiter. Man mußte die Arbeiter irgendwie befriedigen, aber dem Willen und Befehl eines Machthabers sich zu widersetzen, ist schwer. So mußte Herr Korfanty seine Person und seinen Ehrgeiz zum Opfer bringen und einem Arbeiter Platz machen. Nur so ließen sich der Wille und die Forderungen der breiten Arbeitermassen mit dem Willen des obererschlesischen Machthabers Napieralski in Einklang bringen.

Wenn also Herr Korfanty und seine Knechte laut schreien, daß die Nationaldemokraten Herrn Korfanty gestürzt hätten, so lügen sie wie gedruckt, lügen sie so, wie sie es von ihrem in dieser Beziehung unvergleichlichen Meister gelernt haben. Durch Geschrei, Lärm und Schmähungen gegen die politischen Gegner wollen sie die Abhängigkeit des Herrn Korfanty von Herrn Napieralski und seine vollständige Ohnmacht demjenigen gegenüber verschleiern, den er früher mit dem Schmutz der Schmähungen beworfen, den er als den extremsten Versöhner, als Verräter der polnischen Sache usw. gebrandmarkt hatte. — Nun ja, „das Glück dreht sich im Kreise“, sagt ein polnisches Sprichwort, und ein lateinisches Sprichwort lautet: „Tempora mutantur et nos mutamur in illis“.

Aus Nr. 233 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 19. November 1911:

Der nationale und Klassenstandpunkt.

Noch einmal kommen wir auf die Frage der Beurteilung der Abgeordnetenandidaten vom nationalen und Klassenstandpunkt zurück. Die Sache ist sehr wichtig, und sie ist besonders bei uns in Oberschlesien von Bedeutung, wo der Organismus der polnischen Volks-gesamtheit nicht allseitig entwickelt ist, wo wir nur zwei kräftig entwickelte Stände, den Arbeiter- und Bauernstand, außerdem aber in den anderen Ständen nur wenige Vertreter haben. Umfomehr müssen wir uns darüber klar werden, wie das Verhältnis der Klasseninteressen zu den nationalen Interessen bei der Beurteilung der Abgeordnetenandidaten sein soll.

Als wir den ersten Artikel gebracht hatten, der für eine Kandidatur aus der Arbeiterklasse, besonders im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze, eintrat, tischte bald die sozialdemokratische Gazeta Robotnicza ihre Weisheit auf und rief: Was schreibt da die Gazeta Ludowa?

Ein Arbeiterkandidat braucht doch nicht gesucht zu werden, denn für den Wahlkreis Kattowitz-Zabrze ist ein solcher doch Genosse Biniszkiemicz.

Wenn wir nun der Stimme der Gazeta Robotnicza folgten, so würden wir das Klasseninteresse der Arbeiter in den Vordergrund, das nationale Interesse aber in den Hintergrund stellen. Wir wissen übrigens, daß die Herren Sozialdemokraten die Arbeiterinteressen in ihrer Weise verteidigen, so daß die sozialdemokratische Parteisache dabei gut fährt, während die gesund und vernünftig verstandene Arbeitersache davon keine Vorteile hat. Die Herren Sozialdemokraten stellen im Reichstage, um Effekt zu machen, oft unannehmbare, weitgehende Anträge, von denen sie wissen, daß sie durchfallen müssen, und sie stimmen gegen die gemäßigteren Anträge, die eine stufenweise Verbesserung des Arbeiterlozes anstreben und Aussichten auf Erfolg haben. So verfahren nur Menschen, die in Wirklichkeit ihr sozialdemokratisches Parteiinteresse im Auge haben, und nicht tatsächlich das Wohl des Arbeitervolks.

Aber nehmen wir sogar an, daß es sich um einen sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten handeln würde, der sich von aufrichtigeren Beweggründen leiten ließe. Trotzdem dürften wir uns für ihn nicht erklären, denn dies würde bedeuten, daß das Klasseninteresse über das nationale Interesse gestellt wird.

Bei der Auswahl eines Kandidaten müssen wir uns vor allem und bestimmt zunächst die Frage vorlegen: Steht der Kandidat auf dem polnischen nationalen Standpunkt? Wenn nicht, so ist eine Diskussion über ihn überhaupt überflüssig. Wir können uns nur für einen Nationalpolen erklären, der bereit ist, der polnischen Fraktion beizutreten.

In zweiter Linie folgt jetzt die Frage: Kennt der Kandidat, wenn er z. B. Vertreter eines Wahlkreises im Industrie- und Arbeiterbezirk sein will, das Los des Arbeitervolks und ist er bereit, es zu verteidigen, ist er vielleicht Arbeiter? Oder: Ist der Kandidat, wenn er in einem landwirtschaftlichen Wahlkreise ein Mandat ausüben will, bereit, mit den Interessen der Landwirtschaft zu rechnen?

Alle, denen das Wohlbefinden unserer Volks-gesamtheit am Herzen liegt, streben einen Ausgleich des Standes- oder Klasseninteressen an, und dazu ist vor allem erforderlich, daß das allgemeine nationale Interesse unser hauptsächlichster politischer Maßstab wäre. übrigens laufen gerade in unserer Volks-gesamtheit die nationalen und sozialen Interessen in einander. In diesem Sinne sprachen wir auch wiederholt für einen Kandidaten aus der Arbeiterschicht. Es handelte sich um einen nationalen, rechtschaffenen, aufgeklärten Arbeiter, der ebenso die nationale wie soziale Fahne hochzuhalten verstände. Die Nationaldemokratie in Posen verstand es dem Arbeiterkandidaten Herrn Nowicki, einem Nationalen und Volks-partei-er, den Weg zum Reichstag zu bahnen. Warum soll Oberschlesien mit seinem Industrie- und Arbeiterbezirk schlechter sein?

Aus Nr. 132 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 9. November 1911:

Rede unseres Abgeordneten Pfarrer Brandys,
gehalten am 5. d. M. in der Wählerversammlung zu Ottmuth. (Im Auszug.)

Verehrte Versammlung! Auch hier im südlichen Teile des Kreises Oppeln haben unsere Wähler gewünscht, ihren Abgeordneten zu sehen. Deshalb hielt ich es, wiewohl ich noch nicht vollständig gesund bin,

für notwendig, in der heutigen Versammlung zu erscheinen und zu euch zu sprechen. Ottmuth gehört zwar nicht zum Kreise Oppeln, aber auch im Kreise Gr.=Strehlitz wählt ein großer Teil des Volkes einen polnischen Abgeordneten, und deshalb hat dieses Volk ebenfalls ein Recht zu verlangen, daß ein polnischer Abgeordneter zu ihm spricht.

Mein Vorredner, Pfarrer und Abgeordneter Janowski, sprach von der Pflicht, die der Pole hinsichtlich der polnischen Nationalität hat. Wir sind von Gottes Gnaden Polen, eine polnische Mutter hat uns geboren und das Vaterunser polnisch beten gelehrt. Das Polentum ist daher ein Geschenk Gottes, welches wir schätzen, als göttliche Gnade betrachten und hüten müssen. Man muß bedauern, daß der Staat, in dem wir leben, uns wegen des Polentums verfolgt und uns germanisieren will. Aber mehr als dem Willen des Staats und der Regierung muß man Gott und seinen Geboten gehorchen. Deshalb sollen wir trotz aller Verfolgungen und Unbilden, welche wir leiden müssen, doch unser Polentum, unsere polnische Sprache und unsere polnische Eigenarten verteidigen; wir dürfen uns nicht germanisieren lassen, und allen solchen Bestrebungen müssen wir kräftig entgegenwirken. Schande deshalb denen, die sich aus irgendwelchen Gründen germanisieren und ihr Polentum verleugnen.

Ich will nun zu Euch reden, in welcher Weise wir unsere idealen Güter, unsern heiligen Glauben und unsere polnische Nationalität verteidigen sollen.

Über allen Gütern des Menschen steht der heilige Glaube. Ohne Glauben gibt es keine ewige Seligkeit, ohne Glauben gibt es kein irdisches Glück. Keine irdischen Güter, keine Besitztümer und Ehren vermögen den Menschen vollkommen glücklich zu machen. Deshalb ist es unsere heiligste Pflicht, katholisch zu leben und unseren katholischen Glauben bis zum letzten Atemzuge zu verteidigen.

Eine große Gefahr für den Glauben und namentlich für den katholischen Glauben droht von seiten der Sozialdemokratie, welche sich im Deutschen Reiche in erschreckender Weise ausbreitet. Gott sei Dank hat die Sozialdemokratie unsere polnische Nation noch nicht erreicht, obgleich diese arm ist, so sehr hintangesezt und sogar mehr verfolgt wird, als die Sozialdemokratie selbst. Ich hörte, daß ein hoher Beamter, der heute Ministerialrat ist und sich gelegentlich einer Firmung über den polnischen Bismarck in der Kirche ärgerte, erklärt hat: „Der Sozialismus kommt doch, aber die Polen müssen hinaus.“ Ich möchte gern wissen, wodurch ihm die Polen so sehr zugezogen haben oder warum er die Polen als so gefährlich für den Staat erachtet.

Der Sozialismus ist nicht nur eine Personifikation der Unzufriedenheit mit der ungünstigen materiellen Lage, also mit der Armut, den schlechten Löhnen usw., sondern er ist ein ganzes System, welches eine völlige Umwälzung der gegenwärtigen Weltordnung, der Staaten und Volksgesamtheiten erstrebt. Daher ist er der erbitterteste Feind der Religion, da die Religion diesen Bestrebungen am meisten entgegentritt. Die Sozialdemokraten lehren zwar, Religion sei Privatsache; sie sagen dies deshalb, um den Dummen Sand in die Augen zu streuen und sie dem Sozialismus zuzuführen. Aber die Sozialdemokraten bekämpfen und verurteilen die Religion; der überzeugte Sozialdemokrat pflichtet der Erklärung eines ihrer Führer, des verstorbenen Singer bei, der im Reichstag gesagt hat, die Sozialdemokraten wünschten den Himmel auf Erden; den Himmel aber, von dem die Christen träumten, überlasse er den Späßen und Toren. Die polnische Nation ist aufrichtig religiös, und deshalb hat sie sich bis jetzt der

Sozialdemokratie verschlossen. Gebe Gott, daß sie sich auch fernerhin der Sozialdemokratie verschließe.

Wenn wir gute Söhne unserer Mutter Polen sein wollen, so müssen wir gläubige Katholiken bleiben. Leben wir im häuslichen Kreise katholisch! Polnische Mütter, hütet die Religion eurer Kinder, wenn ihr gute Kinder haben wollt, wenn ihr an ihnen Freude haben wollt. Männer hütet euch namentlich vor der Trunkenheit! Schämen wir uns nirgends unseres heiligen Glaubens. Im Sommer war ich in Bottrop, also in der Fremde, eingeladen von deutschen Geistlichen, damit ich dort zum polnisch-katholischen Volke reden und es zum Festhalten am heiligen Glauben und an seiner polnischen Nationalität ermuntern sollte; denn auch sie sind überzeugt, daß das polnische Volk sich der Sozialdemokratie so lange verschließen werde, als es an seiner Nationalität festhalten wird. Ich freue mich, daß ich dort war; mit wenigen Ausnahmen nämlich hält dort das polnische Volk am Polentum und am heiligen Glauben fest. Und wir, die wir in unserem Vaterlande sind, haben eine desto größere Verpflichtung, unsere Religion zu verteidigen. Haben wir die Schönheit unserer Kirchen im Auge! Aber verteidigen wir auch politisch unseren Glauben. In die Gemeinde- und Kreisvorstände, in das Abgeordnetenhaus und in den Reichstag müssen von den Katholiken gute Katholiken gewählt werden, damit das Regime katholisch wäre.

Bis vor nicht langer Zeit wählten wir in Schlesien Abgeordnete für die Zentrumsparlei. Es ist nicht meine Pflicht, mich über diese Partei auszulassen, namentlich nicht über die Streitigkeiten, die in den letzten Zeiten hinsichtlich ihrer Grundsätze vorhanden waren. Die Leute streiten sich gern, ihr wißt, daß auch unter uns Polen leider Streitigkeiten vorhanden sind. Nach meiner Überzeugung ist die Zentrumsparlei eine politische Partei, die sich in der Politik von katholischen Grundsätzen leiten läßt. Aber sie ist auch eine deutsche Partei. Sie hat dies selbst erklärt, und es ist recht so, denn das deutsch-katholische Volk will eine deutsch-katholische Partei haben.

Was den deutschen Katholiken erlaubt ist, das muß auch uns polnischen Katholiken gestattet sein. Wir Polen wollen eine polnisch-katholische Partei haben, und das ist die polnische Fraktion. Deshalb haben wir uns von der Zentrumsparlei abgesondert und wählen Abgeordnete in die polnische Fraktion. Alle Mitglieder der polnischen Fraktion sind Katholiken, und sie lassen sich in der Politik, gleich wie die Zentrumsparlei, von katholischen Grundsätzen leiten. Die katholische Sache büßt dadurch nichts ein, wenn das Zentrum einen Abgeordneten weniger und die polnische Fraktion einen mehr hat. Aber dadurch, daß wir Polen einen Abgeordneten für die polnische Fraktion wählen, gewinnt die polnische Sache.

Wir haben schon gehört, daß es auch unsere heilige Pflicht ist, das Polentum zu verteidigen. Wir dürfen uns unserer polnischen Herkunft und unserer polnischen Nationalität nicht schämen. Wir müssen selbst polnisch lernen, indem wir polnische Bücher und Zeitungen lesen. Wir müssen unsere Kinder polnisch lehren, und dies um so mehr, als das Schulsystem den polnischen Sprachunterricht verdrängt hat. Im öffentlichen Leben sehen wir auf Schritt und Tritt eine Zurücksetzung unserer polnischen Sprache. Man berücksichtigt uns weder bei der Arbeit, noch bei den Gerichten; überall ist das polnische Wort streng verboten.

Erinnern wir uns des Bauernbargesetzes, welches die Veranstaltung von polnischen Versammlungen in denjenigen Kreisen verbietet, in denen nicht 60 % polnische Bevölkerung vorhanden sind. Erinnern wir uns des An siedlungsgesetzes, das die Polen hindert, Wirtschaften anzukaufen und einen häuslichen Herd

zu gründen; erinnern wir uns des bekannten Enteignungsgesetzes, welches über uns drohend schwebt, und das eines zivilisierten Staates unwürdig ist. Das sind schreckliche Unbilden, die uns Polen zugesügt werden, und gegen die wir uns mit allen Kräften sträuben müssen. Dies tun wir dadurch, daß wir für die polnische Fraktion wählen. Die hauptsächlichste Aufgabe der polnischen Fraktion ist die Vertretung des polnischen Volkes vor der Welt. Es wird solange polnische Abgeordnete geben, als das polnische Volk bestehen wird, und die preußische und deutsche Regierung muß damit rechnen, daß im preußischen Lande polnisches Volk ist, denn polnische Abgeordnete sind in Berlin.

Auch wir Schlesier gehören zu diesem polnischen Volke. Zeigen wir dies bei den Wahlen durch Abgabe der Stimmen für polnische Abgeordnete, wenn wir sogar noch größere Verfolgungen als bisher erleiden müßten. Es steht ein heftiger Kampf bevor denn je. Unlängst erklärte der Regierungspräsident von Oppeln, daß bei den kommenden Wahlen sich in Schlesien alle deutschen Parteien im Kampfe gegen die Polen verbinden müßten, und zu den deutschen Parteien zählt er auch die Zentrums-
partei. Ich weiß nicht, wie sich die Zentrums-
partei verhalten wird; aber wenn sie sich mit dem deutschen Mischmasch, mit den Lutheranern und Freimaurern vereinigen würde, so wäre dies für sie geradezu ein Verderb.

Ich habe schon gehört und sogar in den deutschen Zeitungen gelesen, daß wir Polen das Volk aufheben. Ihr habt nun unsere Ausführungen gehört und ich frage euch, ob wir euch zum Bösen aufgehetzt, ob wir den Frieden in der Parochie gestört haben? Was uns betrifft, so haben wir ein ruhiges Gewissen, und was wir gesagt haben, das werden wir vor Gott verantworten. Für den katholischen Glauben und für das Polentum des polnischen Volkes werden wir kämpfen, solange der Herrgott uns Leben und Kräfte schenken wird. Wir hoffen auf Gott, daß das Volk uns nicht verlassen und daß es polnisch und katholisch bleiben wird!

Seien wir gute Katholiken! Zu welcher Parochie ihr immer auch gehört, erfüllt die Pflichten guter Parochianen. Ehret eure Geistlichen! Von einem deutschen Geistlichen verlangt niemand, daß er Pole werde. Aber ich richte die inständige Bitte an die deutschen Geistlichen, daß sie das polnische Volk achten und gleich den deutschen Parochianen lieben, daß sie den polnischen Parochianen bei Ausübung der bürgerlichen Rechte, hauptsächlich bei den Wahlen nicht hinderlich sein mögen!

Seien wir gute Polen! Dies gebietet der Wille Gottes und das Gewissen, dies fordert von euch die ganze polnische Nation. Unter der katholischen und polnischen Losung haben wir uns hier versammelt. Unsere Anhänglichkeit an den katholischen Glauben und an die polnische Nationalität wollen wir dadurch beweisen, daß wir ausrufen: Unser heiliger Glaube und das Haupt unserer Kirche, der heilige Vater, sowie unsere polnische Nation mögen hochleben!

(Ein donnerndes, dreifaches „Hoch!“ — Lebhafter Beifall.)

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 267 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 22. November 1911:

Ein neuer Kurs?

Es gibt bei uns Politiker und Nichtpolitiker, die sich der trügerischen Hoffnung hingeben, daß es in

der Tat nach einer Änderung des Kurses der preußischen Regierung in ihrem Verhältnis zu den Polen aussieht. Laut wagt man dies in der Presse im Heimatlande nicht auszusprechen, dafür verhandelt man hierüber desto eifriger in den Kasinos und Ressourcen, bei Jagden und nachbarlichen Zusammenkünften. Der Landrat hat mich heute zuerst begrüßt — sagt einer, — der Kommissar ist ganz merkwürdig artig — sagt der zweite, — und der Lehrer weiß schon überhaupt nicht mehr, ob er die Mütze ziehen soll, oder wie früher den strammen Kerl markieren soll, man hört auch nicht, daß er, wie früher, denunziert. — Ich sage Ihnen, lieber Nachbar, daß, wenn auch noch keine Änderung eingetreten ist, sie dennoch unzweifelhaft eintreten wird. — Wie gut — folgern andere — daß unter dem Druck der Leute aus dem Kasino unsere „Realisten“ in der Fraktion die früheren demokratischen Schreibhülle à la Mielzynski, Kulersti und wie sie noch heißen mögen, auf ihre Seite gezogen und aus ihnen Mitfabrikanten neuer Steuern bei der sogenannten Reichsfinanzreform und so begeisterte Anhänger höherer Steuern gemacht haben, daß sie sogar glauben, daß sie Bülow gestürzt haben und die „Väter“ des „neuen Kurses“ gewesen sind. — Wir haben zwei Fliegen mit einem Schlag getötet. Wir haben den alten antipolnischen Kurs beseitigt und haben das demokratische Lager gesprengt, und zwar dies in dem Maße, daß seine Überbleibsel es nicht mehr wagen, den Kampf mit uns zu beginnen, sondern für uns günstige Kompromisse mit uns abschließen und sich sogar mit der Erhaltung der Zölle einverstanden erklären, die sie noch im Jahre 1903 so energisch bekämpft hatten.

Was sollen sie machen, da wir doch ihre hauptsächlichsten und röttesten Mitglieder in das Lager des „Dziennik Poznański“ gezogen haben, der sie in kluger Weise bei dem Kampfe mit den Zeitungen, die der völkischen und demokratischen Standarte treu geblieben sind, unter seine Fittiche genommen hat.

— Und auch für diese wird sich noch ein Mittel finden. Denn wozu ist unser Rapieralski da?

So unterhalten sich gegenwärtig die Leute vom Kasino; und was sie in den zu ihrem Clan gehörenden Zeitungen in Posen und Beuthen nicht öffentlich aussprechen wollen, das schreiben ihre Posener Korrespondenten an ausländische Zeitungen, z. B. dreist und offen an das Warschauer Slowo und an den Kurjer Warszawski allerdings weniger offen.

Sehr charakteristisch in dieser Hinsicht ist die Korrespondenz des Piast aus Posen, die in der Sonntagsnummer des Kurjer Warszawski veröffentlicht worden ist. Der Verfasser glaubt scheinbar noch nicht an den neuen Kurs, glaubt zur Zeit noch nicht an ihn, er betont aber alles, was für ihn sprechen könnte und man kann aus jedem Wort herauslesen, daß seine Seele danach strebt, in das Paradies der preußisch-deutschen Versöhnung zu gelangen, wenn nur die preußische Regierung das Tor zu diesem Paradies den Anhängern der Versöhnung öffnen möchte.

Hören wir diese Träumereien an; sie sind zwar nicht neu, aber stets interessant, mit Rücksicht auf die politische Stimmung, die in manchen Kreisen im Heimatlande herrscht.

In der vorstehend erwähnten Korrespondenz schreibt der Kurjer Warszawski in seiner Nummer vom 18. d. M. unter anderem:

„Der heutige Reichskanzler verdankt der polnischen Fraktion im Reichstage mittelbar seine Stellung. Durch den Anschluß der Fraktion an die konservative und Zentrums-Mehrheit in Sachen der neuen Steuern für das Reich wurde der Sturz Bülows und die Ernennung Bethmann-Hollwegs zum ersten Beamten Deutschlands

veranlaßt. Bei der Übernahme dieser Würde soll er erklärt haben, daß er ohne Ausnahmegeetze regieren würde, — selbstverständlich neue — die gegen einen Teil der Bevölkerung des Staates gerichtet sein würden. Er gab dies unzweideutig zu erkennen, als er auf das hartnäckige Schreien der Haktisten nach der zwangsweisen Enteignung der Polen und nach dem die Polen schädigenden Parzellierungsgeetz durch den Mund des neuen Landwirtschaftsminister Schorlemer erklärte: quod non“.

Inzwischen änderte sich, vielleicht nur unbedeutend, das Verhältnis der Polen zur Krone. Die Landtagsfraktion stimmte für die Erhöhung der Zivilliste des Königs, und an der Einweihung des Kaiser Schlosses in Posen beteiligten sich die Vertreter des Landes, die Hofämter innehatten. Die mit solcher Spannung erwartete Rede Wilhelms II. enthielt weder etwas für noch gegen die Polen. Der Kaiser sprach im allgemeinen über die Macht Deutschlands und versprach allen Bürgern seine Fürsorge und seine Gunst.

In den vom Ansiedelungsgeetz umfaßten Provinzen befinden sich gegenwärtig Tausende von Deutschen, die aus dem Innern, zum Teil auch aus dem Ausland herbeigeführt worden sind. Es sind dies im allgemeinen Kleingrundbesitzer, denen die Regierung zu sehr bequemen Bedingungen Land übergeben, ihnen Häuser errichtet, billige Darlehen zum Kauf des toten und lebenden Inventars gewährt, den Ankauf von künstlichem Dünger und Maschinin erleichtert, die sie, mit einem Wort gesagt, unter ihre ganz besondere Obhut genommen hat. Weitere Freunde fanden die Ansiedler im Verein der Haktisten. Die Harmonie dauerte so lange, bis die fremden Ankömmlinge die Verhältnisse kennen gelernt, sich festgesetzt und eine eigene Organisation, den ziemlich bedeutenden und starken Bauernbund gegründet hatten. Jetzt begehrte auch dieser Einfluß und Gewalt; aus der Rolle eines Mündels schwang er sich in kurzer Zeit zu einem Element empor, das auf seine Ausnahmebedeutung und auf seine Mission vertraute. Anstatt alles mit Dankbarkeit anzuhören und entgegenzunehmen, begann er eine besondere Vertretung in der gesetzgebenden Körperschaft des Landes und Beteiligung an der Regierung zu verlangen.

Diese Wendung, die gleichzeitig mit der Annahme der Enteignung eintrat, erschreckte den Bund der deutschen Landwirte und mit ihm die Schar der preussischen Konservativen und Junker. Der Bauernbund forderte nämlich in einer seiner konstituierenden Versammlungen in Gnesen ganz offen sowohl die Enteignung der polnischen als auch der deutschen Grundbesitzer. Der Grundsatz der Unantastbarkeit des Privateigentums wurde durch den Beschluß der beiden Kammern erschüttert; jetzt wandte sich die Schneide gegen dieselben Gesetzgeber. Bei der Verteidigung der bedrohten gemeinsamen Interessen begannen die deutschen Besitzer die polnische Frage anders anzusehen, besonders da sie auch die emsige und demütige Arbeit des polnischen Arbeiters schätzten, dessen Entfernung die deutschen Ansiedler gleichfalls verlangten. Der deutsche Kastengeist trennt sie unzweideutig vom Beamtenstande, in welchem wieder der Kern des Haktismus steckt; und weil die Konservativen im Osten Deutschlands in der Staatspolitik tonangebend sind, wiesen ihre egoistischen wissenschaftlichen Interessen sie darauf hin, sich den polnischen Grundbesitzern zuzuwenden, die in dem durch und durch landwirtschaftlichen Lande das Grundelement desselben bilden.

Aus dem Ministerium schied der verbitterte Feind der Polen, Rheinbaben, als der Landwirtschaftsminister Schorlemer den Haktisten auf ihre hartnäckigen Belästigungen die kraftvolle Antwort erteilte: „Die

Enteignung wird einstweilen nicht angewandt werden weil kein Bedürfnis für den zwangsweisen Erwerb von Grund und Boden vorliegt, und aus dem Parzellierungs-Ausnahmegeetz soll ein allgemeines neues Parzellierungsgeetz gemacht werden. Die Entfernung der Haktisten von der offenen oder heimlichen Teilnahme an der Regierung hat in dem Lager der Polonophoben Konsternation hervorgerufen, die durch den ziemlich schnellen Rücktritt des Oberpräsidenten von Waldow und durch die Berufung des Chefs der Schulabteilung im Kultusministerium, Schwarzkopff, noch verstärkt wurde.

Von ihm ist nur bekannt, daß er ein befähigter und gewandter Beamter ist. Seinen Anschauungen nach sich den Konservativen nähernd, hat er mit den Gegnern der Haktisten auch noch das gemeinsame, daß er Grundbesitzer im Großherzogtum ist. Er wird sich also der Idee der Enteignung gegenüber ablehnend verhalten und er wird es verstehen, den Wert der eingeseffenen Bevölkerung für die Landwirtschaft zu schätzen.

Daß gleichzeitig mit Waldow einer der Posener Landräte versetzt worden ist, ist von untergeordneter Bedeutung, wenn sich auch gerade dieser Beamter durch besondere Schneidigkeit gegenüber den Polen ausgezeichnet hat.

Das sind die Tatsachen die uns, außer dem Wechsel der Personen, bis jetzt, real genommen, nichts gegeben haben. Man hört auch wenig von einzelnen Fällen, in welchen die Ausnahmegeetze in der Schule, in Versammlungen, in Gerichtsweisen und in den Standesämtern weniger rigoros angewendet worden sind. Die Haftentlassung einer oder mehrerer Personen, die wegen politischer oder nationaler Angelegenheiten zur Verantwortung gezogen worden waren, bilden noch nicht den Probierstein des neuen Kurzes.

Für den Augenblick hat sich also in dem Verhältnis zu den Behörden die Lage der polnischen Bevölkerung in nichts geändert. Dasselbe kann man auch von den Deutschen selbst sagen, für die auch fernerhin der antipolnische Block Bülow's verbindlich ist, wenn man auch hier ein gewisses Zögern sieht.

Die Situation wird sich aber im Laufe der nächsten Wochen klären. Anfang Januar erfolgen die Wahlen zum Reichstage. Die deutsche Regierung wird die Frage der Schutzölle, die Steuerungsfrage, die Strafprozeßnovelle, wie überhaupt ihr Verhältnis zu der gesetzgebenden Körperschaft präzisieren müssen.

Alle Parteien strengen schon heut alle Kräfte an, um möglichst viele Anhänger und dadurch auch Vertreter zu gewinnen. Das bezieht sich auch auf die Polen. Wie bisher, ist in Schlesien die Bewegung am lebhaftesten und dort legen sowohl die Regierung als auch die mächtige Zentrumsparthei der Organisation der Polen dieselben Schwierigkeiten in den Weg, wie früher. Die Auflösung und das Verbot von Versammlungen, ferner das ungesetzliche Eindringen der Polizei in Vereine steht auch fernerhin auf der Tagesordnung.

Was im Großherzogtum und in Westpreußen vor sich gehen wird, werden die nächsten Tage zeigen.

Ein interessanter Schachzug von polnischer Seite würde die Aufstellung des uns wohlgefinnten Schlesiers, des Grafen Oppersdorff, der mit einer Radziwill verheiratet ist, als Kompromißkandidat im Bezirk Lissa-Fraustadt sein, wo der Pole keine Aussichten auf Sieg hat, und im ersten Wahlgang der Blockkandidat, der Haktist Kardorff, gewählt werden könnte. Es würde dies der erste, wenigstens aber seltene Fall sein, daß der Pole im ersten Wahlgang für einen Deutschen stimmt. Die Folge würde die Zersplitterung des deutschen

Blockes bei uns sein. Der Dziennik Poznański erklärt sich hierfür.

Überhaupt läßt sich schwer übersehen, daß bei uns das Streben nach einer Änderung des Kurses und nach, wenn auch nur geringen Erleichterungen in der Exterminationpolitik der preußischen Regierung besteht. Der allseitige Boykott und die wirtschaftliche Spaltung machen sich sowohl den Polen als auch den Deutschen empfindlich bemerkbar. Aber gleichzeitig ist es auch klar, daß die Verteidigung unserer nationalen Güter höher steht, als alle zeitweiligen Änderungen in dem gegenseitigen Verhältnis. Die preußische Regierung wiederum wird nicht so schnell der Germanisierungs-idee entsagen, die doch schon Jahrhunderte hindurch besteht.

Das Erhalten unserer nationalen Sonderart kann nur von uns selbst abhängen, von unserer schöpferischen Arbeit, von unserer geistigen Entwicklung, nicht aber von dem größeren oder geringeren Widerstand, den wir der Regierung und den Deutschen notwendigerweise leisten. Es können erträgliche Verhältnisse zwischen den bis jetzt kämpfenden Seiten herrschen, und es ist hierzu weder Abnegation, noch politische und nationale Assimilation erforderlich.

In diesem Sinne können wir ruhig aber auch mit Sehnsucht den neuen Kurs in der polnisch-deutschen Politik erwarten."

"Sie wollte nicht und wollte doch", könnte man hier mit den Worten des volkstümlichen Liedes von jenem Mädchen sagen, das so tat, als ob es den Burschen nicht wollte, während es mit ganzer Seele danach strebte, unter die Haube zu kommen. So auch der Verfasser des vorstehenden Ergusses. Einerseits erklärt er, da er ehrlich sein will, daß sich im Verhältnis der Regierung zu den Polen nichts geändert hat, daß man die Polen wie früher germanisiert und bedrückt, erklärt aber andererseits, daß bei uns (nicht bei der Regierung) das Bestreben nach einer Änderung des Kurses und nach „wenn auch nur kleinen Änderungen in der Exterminationpolitik der preußischen Regierung“ vorhanden ist. Er glaubt selbst, daß das Erhalten der nationalen Sonderart „nicht von dem größeren oder geringeren Widerstand abhängt, den wir der Regierung und den Deutschen notwendigerweise leisten“, er glaubt, daß erträgliche Verhältnisse zwischen den Deutschen und Polen herrschen können und daß man in diesem Sinne „mit Sehnsucht den neuen Kurs in der preußisch-deutschen Politik“ erwarten kann.

Welch unverbesserliche Naivität und welches Verkennen der wahren Natur der preußisch-polnischen Verhältnisse offenbart sich in diesen Anschauungen!

Einerseits gibt man zu, daß sich in ihnen nichts geändert hat, andererseits erwartet man mit Sehnsucht den neuen Kurs und verkündet die Anschauung, daß man die nationale Sonderart der Polen erhalten kann, ohne daß es notwendig ist, der preußischen Regierung und den Deutschen größeren oder geringeren Widerstand zu leisten!!

Das ist doch schon der Gipfel der Verwirrung der Begriffe und des Schwindens des Glaubens an die eigene Macht. Am schmerzlichsten berührt hierbei der Umstand, daß solche Anschauungen „schwächerer Seelen“ bei uns gerade dann laut werden, wenn das antipolnische System zu den größten Verfolgungen des polnischen Elements gelangt ist.

So war es nach dem Sturz Bismarcks, so ist es auch heut. Das, was in dieser Hinsicht gegenwärtig bei uns geschieht, ist sogar noch schlimmer als das, was nach dem Sturze Bismarcks geschehen ist, denn seit dieser Zeit hat man den Wagen der Ansiedelungskommission zweimal mit Hunderten von antipolnischen Millionen beladen, wir haben Breschen und den

Schulstreik, auch den Drzymala-Wagen gehabt, ferner das Gesetz, das dem polnischen einfachen Mann verbietet, sich auf seinem eigenen Stückchen Erde anzubauen, das Anspannen des antipolnischen Systems bis zu den äußersten Grenzen der Verfolgungsmöglichkeit, die Krönung dieses Systems durch das Enteignungsgesetz, und dies alles hat man auf unserer Seite beantwortet durch die Bewilligung neuer Millionensteuern, durch das Stimmen für die Erhöhung der Zivilliste des preußischen Königs, der das Enteignungsgesetz unterzeichnet und in zahlreichen Reden die ganze deutsche Nation zum Kampf gegen die Polen aufgefordert hat.

Das ist die wahre Sklavenpolitik, die die Verfolger nur zur Verschärfung des Systems ermuntern kann, da dieses das Opfer der Verfolgung so zu unterjochen, so geistig zu schwächen und zu erniedrigen verstanden hat.

Ein neuer Kurs gegenüber den Polen in Preußen? Nur sehr naive Gemüter können daran glauben, es können ihn mit Sehnsucht nur Leute erwarten, welche die Geschichte nichts gelehrt hat und die aufgehört haben, an den Genius und die Kraft der eigenen Nation zu glauben. Das preußische System kann uns für den Augenblick gebrauchen, es wird unzweifelhaft die Unterwürfigkeit des ihm die Hand küssenden Sklaven ausnützen, aber wenn ihm seine zeitweilige Hilfe überflüssig erscheinen wird, dann wird es uns wie eine Zitrone auspressen und uns den Legionen seiner Staats-Pensionäre zum Fraß vorwerfen.

Blind ist der, der dies nicht sieht!

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 545 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 22. November 1911.

Deutsche Ackerbeete in Krakau.

Vom deutschen Drang nach Krakau wurde schon wiederholt gesprochen und geschrieben. Schon gegenwärtig ist die deutsche Frage im Kohlenbecken Chrzanow-Krakau ein aktuelles Problem. Die Abhandlung des Ingenieurs Drobnia (Siehe Nr. 34 des Gesamtüberblicks vom 23. August 1911) legte die Gefahr dar, die der Industrie im westlichen Teil des Landes (Galizien) droht. Die deutschen Aspirationen gravieren vom Westen über Chrzanow, vom Süden über Sanbusch, Biala, Bielitz gegen Krakau. Jeder, der die Entwicklung der Hauptstadt der Piasten in den letzten Jahren kennt, sieht das Wachstum des Deutschtums in Krakau, sieht die Verunreinigung dieser Stadt durch unserer Kultur fremde und feindliche Elemente. Begünstigt wird dies durch die Gleichgültigkeit, durch welche die die Stadt leitenden Faktoren sündigen. Indes gründet ein Kreis von Deutschen in Krakau unbemerkt eine Ortsgruppe des „Bundes der christlichen Deutschen in Galizien“, der bekanntlich unter den deutschen Ansiedlern im Lande preußenfreundliche Bestrebungen und den Antagonismus gegen die Polen schürt. Zwar erklärt der „Bund“ allgemein, seine Tendenzen beruhten auf der Selbstverteidigung, in Wirklichkeit aber haben sie tiefere Ziele. Die Krakauer Gruppe des deutschen Bundes hat einen Aufruf erlassen, in welchem wir u. a. lesen;

„Ein Kreis tüchtiger deutscher Männer hat in Krakau, diesem Bollwerk des polnischen Chauvinismus, welches den wildesten Haß gegen alles Deutsche atmet, eine „Ortsgruppe“ des Bundes gegründet, die eine Stütze und der Mittelpunkt der Deutschen sein soll, welche in Krakau zu wohnen gezwungen sind. In kurzer Zeit hat die Zahl der Mitglieder die Höhe von über 100 erreicht. Jedoch besitzen die deutschen

Männer inmitten der entfesselten polnischen Volksmassen kein eigenes Lokal, das sie zu gemeinsamer Arbeit an der Förderung der deutschen Kultur vereinigen würden."

Zu diesem Zwecke fordert der Aufruf zur Sammlung von Beiträgen für den Bau eines deutschen Vereinshauses in Krakau auf, welches „den Feinden der deutschen Nation ein drohendes „Galt“ gebieten soll."

Die alldeutsche in Wien erscheinende „Ostdeutsche Rundschau" begrüßte diesen Aufruf sehr wohlwollend. In einem warm gehaltenen Artikel „Helft uns bauen" fordert sie alle Deutschen auf, zugunsten eines deutschen nationalen Vereinshauses in Krakau Sammlungen zu veranstalten und einen deutschen Vorposten in derjenigen Stadt zu gründen, die — wie sie behaupten — ihre Entwicklung ausschließlich der deutschen Kolonisation im Mittelalter verdankt. Wenn man die deutsche Tatkraft und systematische Arbeit kennt, muß man den Aufruf des Bundes ernster behandeln, als eine Gefühlsanwandlung.

Aus Nr. 316 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 17. November 1911:

Das Posener Kompromiß.

Lemberg, den 17. November 1911.

Während in Oberschlesien ein verbissener Wahlkampf zwischen unsern „Katholik"-Leuten und unsern „Radikalen" zum Gaudium des solidariischen deutschen Lagers tobt, erfolgte in Posen eine völlige Verständigung zwischen den dortigen polnischen Konservativen mit der Nationaldemokratie in betreff der Kandidaturen zu den angeblich im Januar stattfindenden Reichstagswahlen. Man hat gleichzeitig festgestellt, daß die Bekanntgabe des Kompromisses eine allgemeine Befriedigung hervorgerufen hat. Nur eine Gattung trat mit einer Kritik auf und betonte, daß das Kompromiß eine völlige Abdankung des konservativen Elements bedeute, das, sei es wie es wolle, im Posenischen eine überwiegende Majorität besitze.

Die Nachricht über die Verständigung der Vertreter verschiedener politischer Gedankenrichtungen muß nicht nur im Posenischen, sondern überall ein freudiges Echo hervorrufen. Die Lage unsrer Stammesbrüder daselbst ist so schwer, daß diese notwendigerweise ihre Kräfte vereinigen müssen, um einen wirksamen Widerstand leisten zu können.

Die Nachricht über das Kompromiß muß also in ganz Polen mit Befriedigung aufgenommen worden sein. Im Posenischen sind im Grunde genommen alle in betreff der Grundsätze einig, sie unterscheiden sich nur in ihren Ansichten in betreff der Taktik im Kampfe mit der Germanisationspolitik; einige sind für den gemäßigten, andere wiederum für den sogenannten „scharfen" Ton. Ein so winziger Unterschied berechtigt nicht die gegenseitige verbissene Bekämpfung der Parteien. Doch die Einzelheiten der Verständigung rufen Verwunderung hervor. Und das nicht deswegen, daß man den Nationaldemokraten, den Anhängern der Schärfe sieben Mandate und den Gemäßigten vier Mandate zuerkannt hat, sondern deswegen, weil eine Grundlage des Kompromisses, welche besagt, daß in einem Wahlbezirk Abgeordnete gewählt werden müssen, die das nationaldemokratische Programm anerkennen, und andere Wahlbezirke den Gemäßigten überlassen werden, für fehlerhaft anerkannt werden muß. Wenn also z. B. einer der gegenwärtigen Abgeordneten, der sich zu den Nationaldemokraten zählt, ein weiteres Mandat nicht mehr annehmen wollte, so muß an seiner Stelle notwendigerweise wiederum ein Nationaldemokrat gewählt werden, damit die übrigens sehr hohe Ziffer der sieben Abgeordneten dieser Partei wieder komplett sei.

Im Posenischen ist es ebenso schwer wie bei uns qualifizierte Kandidaten, welche bereit wären, Abgeordnetenmandate anzunehmen, zu finden. Daher halten wir Wahlverständigungen, welche neben den gewöhnlichen Qualifikationen noch die Zugehörigkeit zu irgend einer Partei verlangen, nicht nur für ungehörig, sondern direkt für schädlich. Man kann sich wohl noch ähnliche Praktiken bei uns erlauben (obwohl es sich gezeigt hat, daß es nur zum Schaden für die Sache geschehen kann). In Berlin und auch in Petersburg stößt die Verteilung der polnischen Interessen in den gesetzgebenden Körpern auf solche Schwierigkeiten, sie verlangt so viele und verschiedene Bedingungen, daß von der Zahl der Leute, die bereit sind, dieses schwierige Werk zu unternehmen, man sie nicht nach ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit, sondern nach ihren tatsächlichen Qualifikationen auswählen sollte.

Wir denken nicht daran, das in Posen geschlossene Wahlkompromiß zu kritisieren noch zu bekämpfen. Das ist nicht unsere Sache — darüber entscheiden die Orts-eingesessenen — und Posen hat ein Wahlkomitee, dessen Organisation auf einer breiten demokratischen Basis ruht. Das Komitee ist für diese Sachen die letzte Instanz. Wir ergreifen das Wort einzig nur deswegen, damit aus diesem Präzedenzfall, welchen wir für fehlerhaft halten, keine Regel gemacht wird. Unseres Erachtens muß das reale Motiv, welches die Wahlverständigungen leiten soll, die Wahl der qualifiziertesten Leute sein. Inwieweit nun zwischen den Parteien Verständigungen erfolgen, müssen sie auf der Grundlage basieren, daß aus der ganzen Gesamtheit die erfahrensten Leute gewählt werden.

Vielleicht hat eine solche Grundlage des Posener im Prinzip fehlerhaften Kompromisses in der Praxis keine Bedeutung, denn die Nationaldemokraten sind dort anders wie z. B. bei uns, nämlich sie unterscheiden sich in der politischen Richtung sehr wenig von den Gemäßigten. In der Wiener polnischen Fraktion würden sie zweifelsohne zur heutigen Majorität gehören.

Unseres Erachtens wäre heute, wo die preussische Regierung von den Satiristen dafür angegriffen wird, daß sie nicht willens ist, das Enteignungsgesetz in die Tat umzusetzen, unsrerseits die Politik der scharfen Sprache fehlerhaft.

Aus Nr. 533 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 24. November 1911:

Ein

„Der preussische Anteil vor den Neuwahlen"

überschriebener Artikel der Nowa Reforma schließt wie folgt:

Es darf erwartet werden, daß die polnische Gesamtheit in diesem Anteil alle Kräfte anstrengen wird, um bei diesen Wahlen den größtmöglichen Erfolg zu erringen. Das antipolnische System der preussischen Regierung wird sich gewiß nicht ändern, ob im Reichstage 20 oder 23 polnische Abgeordnete sitzen werden, aber immer neue Siege bei den Wahlen, die von solidariischen nationalen Anstrengungen der ganzen derartigen Gesamtheit zeugen, haben in jedem Falle für die dortige polnische Bevölkerung eine große moralische Bedeutung. Ein solcher Sieg stärkt in den Herzen des Volkes den Mut und den Glauben an die eigenen Kräfte.

Die Wahlzeit hat dort für die polnische Bevölkerung noch eine andere nicht unwesentliche Bedeutung, weil in dieser Zeit sogar in den Kreisen Versammlungen einberufen und abgehalten werden dürfen, wo kraft des letzten Vereins- und Versammlungsgesetzes die polnische Sprache von den öffentlichen Versammlungen ausgeschlossen worden ist. Dieser Umstand muß aus-

genutzt und es muß dafür gesorgt werden, daß während dieser Zeit überall mit dem lebendigen Wort der nationale Geist gestärkt wird.

Aus Nr. 136

des Deutschen Volksblatt für Galizien (Lemberg)
vom 24. November 1911:

Die Ziele des Polenklubs.

Vor einigen Wochen hat der gegenwärtige Obmann des Polenklubs, Dr. v. Bilinski, im Parlament eine große Rede gehalten, die ziemliches Aufsehen erregte. Herr von Bilinski ist einer der gewiegtesten und geschicktesten Parlamentarier des gegenwärtigen Hauses. Diesen Ruhm wird ihm niemand streitig machen, auch wenn man sonst im Blick auf seine politische Vergangenheit — er war der Finanzminister des Grafen Badeni — mancherlei an ihm auszusetzen hat. Bilinski war schon zweimal Minister und zwischendurch Direktor der österreichisch-ungarischen Bank; er gilt als Vertrauensmann der Krone, und man kann daher im allgemeinen annehmen, daß er nichts sagen wird, was er sich nicht gut überlegt hat und wofür er auch nicht voll und ganz einzutreten beabsichtigt, umsomehr, da er allem Anschein nach noch nicht glaubt, am Ziel seiner politischen und parlamentarischen Laufbahn angelangt zu sein. Die Rede des Herrn von Bilinski im Reichstag war in mehrfacher Hinsicht sehr bemerkenswert. Die deutsche Presse der Reichshauptstadt und des Westens hat es besonders vermerkt, daß Bilinski in seiner Rede den Deutschen einige — sagen wir Höflichkeiten — gesagt hat, die zwar bei einem so ritterlich erzogenen polnischen Aristokraten an und für sich nicht Wunder nehmen können, aber immerhin durch den Zusammenhang und durch die ganze Sachlage, in welcher sie vorgebracht wurden, Aufsehen erregen mußten. Während kurz vorher der damalige Ministerpräsident Gautsch dem deutschen Nationalverband in ziemlich unverblümter Weise seinen Unmut zum Ausdruck gebracht hatte darüber, daß die Deutschen so lange von dem Eintritt tschechischer Minister in das Kabinett nichts wissen wollen, als nicht der böhmische Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen zustande gekommen ist, hat Herr von Bilinski die Deutschen für ihre Stellungnahme verteidigt, zum wenigsten entschuldigt. Er riet davon ab, über den Kopf der Deutschen hinweg tschechische Minister zu ernennen und nannte die Deutschen die Träger des großen staatlichen Gedankens und der Geschichte des Reichs, die Vertreter der Kultur und des Reichtums. Das war sehr klug, und indem Herr von Bilinski mit so lieblicher Musik seine deutschen Zuhörer in und außer dem Parlament für sich zu gewinnen wußte, konnte er es sonst wagen, so nebenbei einige Andeutungen über die Ziele des Polenklubs einfließen zu lassen, welche sonst wohl kaum so schweigend hingenommen worden wären. Daß die Polen ihre Kanäle bekommen müssen, das setzte Herr Bilinski schon als ganz selbstverständlich voraus. Aber er deutete so nebenher auch noch einiges andere an. So sagte er: „Der Polenklub ist eine Partei, welche über die Sicherung und Entwicklung der nationalen Rechte des polnischen Volkes in Galizien und eventuell auch in andern österreichischen Provinzen, wo die Polen wohnen, zu wachen verpflichtet ist. An einer andern Stelle betonte er, der Polenklub müsse sich mit dem Ausgleich zwischen Deutschen und Polen in Schlesien befassen. Die Polen Galiziens müßten sich der Polen Schlesiens annehmen. Gewisse Bedürfnisse des alltäglichen Lebens werde man auch diesem Volk geben müssen.“

Wir hoffen, daß der deutsche Nationalverband in Wien diese Bemerkungen Bilinskis zu würdigen wissen wird. Wenn der Polenklub es mit nackten Worten ausspricht, daß er sich für berechtigt und verpflichtet hält, die Interessen der Polen in allen österreichischen Kronländern zu schützen, dann dürfte wohl jeder Grund für den deutschen Nationalverband entfallen, in ganz derselben Weise nicht auch die Interessen der Deutschen in allen österreichischen Kronländern zu verfechten, und daher auch die Interessen der Deutschen in Galizien. Und den Deutschen in Galizien fehlt gar vieles noch, was noch, um mit Herrn Bilinski zu reden, „zu den Bedürfnissen des alltäglichen Lebens“ gehört. Wenn die Polen in Schlesien noch leiden unter dem Mangel der Erfüllung solcher Bedürfnisse, was soll man erst von den Deutschen in Galizien sagen? Die Polen in Schlesien haben ihr ausgesprochen polnisch-nationales Gymnasium in Teschen, das vom Staat erhalten wird. Die Deutschen in Galizien müssen sich noch immer mit dem heuchlerischen Zwitterwesen der k. k. Polonisierungsanstalt des deutschen Gymnasiums in Lemberg abfinden lassen. Die Polen in Schlesien haben überall Volksschulen mit polnischer Unterrichtsprache, den Deutschen in Galizien werden sie verweigert. Der Verband der polnischen Raiffeisenkassen in Schlesien wird vom Ackerbauministerium subventioniert; dem deutschen Raiffeisenkassenverband in Galizien kann diese Subventionierung nicht zu teil werden, weil die Herren Polen es nicht wollen; die schlesischen Polen haben ihre Vertreter im Landtag und Reichsrat — den Deutschen Galiziens eine angemessene Vertretung zu schaffen, daran hat bisher niemand gedacht!

Das Verhältnis, in welchem der Polenklub und die deutschfeindlichen Parteien des Reichsrats bisher gestanden haben, mag durch die politische Zwangslage diktiert worden sein; aber es ist unseres Erachtens für das Deutschtum in Österreich nicht gerade von großem Vorteil gewesen. Für das Deutschtum in Galizien ist es gerade verhängnisvoll gewesen, denn die Rücksicht auf die polnischen Bundesgenossen zwang die deutschen Parlamentarier, die Hilfeleistung für ihre schwer bedrängten Brüder in Galizien gewissermaßen nur verstoßen auszuüben. Unser treuer Fürsprecher E. v. Straßmann stand im vorigen Parlament ziemlich allein, wenn er für uns das Wort ergriß, so daß es manchmal erschien, als sei sein Interesse für die Deutschgalizier eine Privatliebhaberei von ihm. Und als der wackere Minister Dr. Schreiner es wagte, die Vertreter der Deutschen Galiziens öffentlich zu empfangen und mit ihnen ihre nationalen Angelegenheiten zu besprechen, da erhob der Polenklub ein großes Geschrei, und es wird noch heute unwidersprochen behauptet, daß dieses Eintreten für die Deutschgalizier mit zum Sturze Schreiners gewirkt habe. Nachdem nun Dr. Bilinski so offen die unseres Erachtens vollkommen begreifliche und berechtigte Stellung des Polenklubs auf dem Boden des Wiener Parlaments zum Ausdruck gebracht hat, liegt hinfort unseres Erachtens auch keinerlei Hindernis mehr vor, daß der deutsche Nationalverband mit eben solcher Entschiedenheit seine Stellung dahin präzisiert, daß auch er den Schutz und die Sicherung des Deutschtums in Galizien mit in die Reihe seiner Aufgaben einbezieht. Die Polen werden sich mit dieser Tatsache abfinden müssen. Wenn dies erst einmal offen und klar festgestellt ist, dann werden die Vernünftigen unter ihnen, zu denen man vielleicht auch Dr. von Bilinski rechnen darf, erkennen, daß ein großes, starkes Volk, wie die Deutschen, „ein Träger des staatlichen Gedankens und der Geschichte des Reichs, ein Volk, welches die Kultur und den Reichtum vertritt“, nur seine Pflichten erfüllt, wenn es für die nationalen und kulturellen Be-

dürfnisse seiner Angehörigen im ganzen Reich kräftig und entschieden eintritt.

W o l f r a m.

Aus Nr. 136 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 24. November 1911:

Unbegrenzte Möglichkeiten.

Wenn man von Wien mit der Nordbahn gegen Krakau fährt, so kommt man bei Dzierżys in ein durch einen gewissen Ruf wohlbekanntes Land der österreich-ungarischen Monarchie, in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Es ist das so eine Art Kleinamerika, nichts ist unmöglich, man hat sich sogar das Staunen und Verwundern darüber bereits abgewöhnt. Jedoch diese Unbegrenztheit ist mit einem gewissen Vorbehalt verbunden, sie gilt nur für die Vertreter des galizischen beglückenden Polentums. Das Schlagwort der „polnische Wirtschaft“ ist bereits in allen Kreisen so bekannt und gewöhnlich geworden, daß sogar die Urheber derselben es sich zur dringenden und ehrenden Aufgabe stellen, die bekannte „Wirtschaft“ um eine Episode zu bereichern und in den Kranz der polnisch-galizischen „Kultur-taten“ eine neue, würdige Blüte einzusplechten.

Eine solche „Kultur-tat“ hat der Herr Erzbischof Bilczewski in Lemberg vollbracht. Seine Eminenz hat nach polnischen Zeitungsnachrichten dem polnischen Schulverein in Galizien den namhaften Betrag von 1000 (eintausend) Kronen mit der Bestimmung für den polnischen Schulverein des Fürstentums Teschen übermittelt. Du glückliches Schlesien! Es ist doch ein erhebender Gedanke für die österreichischen Schlesier, daß das wegen seiner Kultur „rühmend“ bekannte Galizien sich seiner in hochherziger Weise annimmt. Polnisch-Galizien spielt wieder einmal den Kulturträger und spendet aus vollen Taschen seine Kulturgaben einem Gebiete, welches Dank der dort seit Jahrhunderten eingewurzelten deutschen Kultur zu den in jeder Beziehung kulturell am höchsten stehenden der Monarchie gehört. Der Herr Erzbischof, welcher übrigens seiner Abstammung nach ein Schwabe ist mit dem einstigen Namen B i e b e r, sorgt in rührender Weise für seine polnischen Katholiken in Schlesien, während die deutschen Katholiken seines Episkopates in Galizien für ihn Lust sind. Man sollte doch glauben, daß seine Eminenz schon Dank seiner Stellung so viel Einsicht haben sollte, um überzeugt zu sein, daß die deutschen Katholiken in Galizien ebenso gut katholisch sind, wie ihre polnischen Glaubensbrüder in Schlesien und daß die Anteilnahme an dem Wohlergehen derselben von Seiten des Kirchenfürsten ebenso groß sein soll. Jedoch scheint diese Ansicht im Innern des Erzbischofs nicht zu bestehen, für ihn gibt nur der mit dem Polentum verbundene Katholizismus Berechtigung auf kulturelles und religiöses Bestehen. Oder weiß Seine Eminenz nicht, daß heute, im Jahrhundert des allgemeinen Fortschrittes und der Hochkultur in Galizien zehn selbständige deutsch-katholische Gemeinden bestehen, welche überhaupt keine Schule besitzen oder polnischen Schulgemeinden einverleibt sind? Es sind folgende Gemeinden Ober- und Unter-Engelsbrunn bei Dobromil, Roziarna bei Nisko, Kopanka bei Kalusch, Lubsha, Bezirk Zhdaczow Mierzwiza, Bezirk Zolkiew, Ober-Miniow, Bezirk Dolina, Rachin, Bezirk Dolina, Ignazowka, Bezirk Kamionka strum., Smorze dolne, Bezirk Skole und Stanislawowka, Bezirk Kamionkastrum.

Da gilt es eine wirklich dringende und segensreiche Kulturarbeit zu leisten, da wären die tausend Kronen des

Erzbischofs entschieden besser angebracht gewesen, als in Teschen, welches bereits polnische Schulen jeder Art in hinreichender Menge besitzt, ob zum Segen der Stadt und Ostschlesiens, ist freilich fraglich. Jedoch die Polen zeigen sich groß, wenn es gilt, in anderen Ländern allpolnische, staatsfeindliche Propaganda zu betreiben, oder dem Westen das arme „schwerbedrückte und ungerecht behandelte Polentum“ vor Augen zu führen. Es ist das die Politik der „gefränkten Unschuld“.

Typisch ist es für das galizische Polentum, daß es mit Anspannung aller Kräfte die Kulturnation spielt, welcher zur Förderung ihrer Kulturmission kein Opfer zu viel ist. Jedoch immer am unrechten Platz. Es wäre notwendig, sich doch endlich einmal im eigenen Lande so recht gründlich umzusehen und zu trachten, daß die durch solchen „kulturellen Übereifer“ geschaffenen, auf die Dauer unhaltbaren Mißstände beseitigt werden. Doch die planmäßig betriebene polnische Wirtschaft läßt ein solches Reinmachen und Insichgehen nicht zu. Nach Hamburg, nach Schlesien und nach anderen kulturell blühenden Gebieten sendet das Polentum in Galizien Lehrer, Geistliche und hauptsächlich Geld, im eigenen Lande dagegen wird die ohnehin tiefe Kulturstufe der Bevölkerung, statt gehoben, noch erniedrigt.

Der Katholizismus der deutschen Bevölkerung wird zum Spielball allpolnischer, chauvinistischer Launen. Wo bleibt da noch eine Spur jenes wahren Christentums übrig, welches Christus gepredigt hat. Seit jeher hat die Kirche dann die traurigste und unwürdigste Rolle gespielt, wenn sie zu Parteizwecken und Zwecken der Politik ausgenützt, wenn in ihrem Namen statt des großartigen Gedankens der Nächstenliebe, Haß und Verfolgung gegen die eigenen Glaubensgenossen gepredigt wurde, bloß weil dieselben nicht gleicher Nation und politischer Färbung sind. Wundern wir uns nicht, wenn das von Seiten nicht kirchlicher Volksführer geschieht, sondern wundern wir uns dann, wenn sich die Hüter des Glaubens, die Prediger des Evangeliums auf den einseitigen Standpunkt nationalen Chauvinismus stellen und sich zu Taten hinreißen lassen, welche jeder Gerechtigkeitsliebe Hohn sprechen.

Wenn das Polenvolk von Galizien es für Recht erklärt, seinen Konnationalen auswärts Lehrer und Geistliche zu senden, so möge es doch diese Ansicht auch auf die Deutschen im Lande erweitern, und denselben, besonders den Katholiken, deutsche Lehrer und Priester von auswärts geben, falls, wie sich der Erzbischof Bilczewski ausgedrückt hat, Galizien derartige eigene Kräfte nicht besitzt. Das wäre Logik, ebenso dies, galizische Landesgelder für kulturelle Landeszwecke statt für verheerende polnische Propaganda in Schlesien zu verbrauchen.

Die Polen in Galizien werden sich nun schließlich doch damit abfinden müssen, daß die katholischen Deutschen im Lande, trotz ihrer sogenannten „polnischen“ Religion, deutschvölkische Existenzberechtigung, Berücksichtigung ihrer deutschen Art und Sprache und Forderung von deutschen Schulen und Priestern auf den Wunschzetteln ihrer Tagesordnung setzen und diese berechtigten Wünsche mit oder ohne Willen des in religiöser Beziehung international sein sollenden Kirchenfürsten in Lemberg durchführen werden.

Die deutsche Bewegung wächst von Tag zu Tag, eingedämmt kann sie nicht mehr werden: im Gegenteil, Druck erzeugt Gegendruck, welcher unserer edlen Sache zum endlichen Siege verhelfen wird, trotz aller „unbegrenzten Möglichkeiten.“

Erwin M i r s c h.

Aus Nr. 136 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 24. November 1911:

Eine unerhörte Beleidigung des deutschen Volkes.

Vor einigen Tagen berichtete ein westdeutsches Blatt, daß das polnische Sokolturn aus Galizien einige hervorragende Vertreter nach Deutschland, zumal in das rheinisch-westfälische Industriegebiet senden wolle, um die deutschen Sokolgruppen zu besuchen und für ihren weiteren Ausbau zu beraten. Demgegenüber machen die Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland auf folgende Tatsachen aufmerksam: In Lemberg erschien bereits im vorigen Jahre eine Ansichtskarte, die einen Sokol in voller Tracht (rotes Hemd und Barett mit Falkenfeder) zeigte, der einen deutschen Soldaten mit einem furchtbaren Fußtritt zum Land hinausbefördert, so daß Fiedelhaube und Gewehr des Stürzenden über die Erde rollen. Dieser Unverschämtheit hat das galizische Sokolturn nun, offenbar dadurch ermutigt, daß sie unbeanstandet blieb, eine unerhörte Beleidigung des deutschen Volkes folgen lassen. Vor kurzem erschien in Lemberg im gleichen Verlag und gleicher Aufmachung eine zweite Karte. Sie zeigt einen tot niedergestreckten deutschen Soldaten, dessen Blut den Boden rötet. Über ihm steht triumphierend der siegreiche Sokol, den einen Fuß auf dem Leibe des getöteten Feindes, und schwenkt die polnische Fahne. Darunter eine polnische Inschrift, deren Übersetzung lautet: „Mit Gewalt werden wir es ihnen nehmen!“ Hier wird also offen verkündet: Der Feind ist der Deutsche, Sokolkraft wird das deutsche Heer siegreich überwinden und der Siegespreis, der preußische Osten, „Preußisch Polen“, wird ihnen, den Deutschen, mit Gewalt entrisen werden! Das ist ein offenes Geständnis der letzten Ziele des Sokolturns, für das wir den übermütigen Herren Polen in Galizien Dank schulden. Die deutschen Gemeinden, die im naiven Glauben an die rein turnerischen Zwecke dieser Milizarmee der zukünftigen polnischen Erhebung den Sokols ihre Turnhallen überlassen, werden hoffentlich ihre Beschlüsse revidieren. Aber es ist doch im höchsten Grade befremdend, daß diese Karten, die in Lemberg usw. offen verkauft werden, der Beachtung der k. k. österreichischen Behörden entgangen sind, ja daß sie sogar, wie die uns vorliegenden zeigen, von den kaiserlichen Postämtern des uns befreundeten und verbündeten Österreich anstandslos gestempelt und befördert werden. Sollte unserem kaiserl. deutschen Generalkonsulat in Lemberg diese Angelegenheit unbekannt geblieben sein? Wir erwarten dringend eine Aufklärung und ein entschiedene Einschreiten gegen diese brutale Verhöhnung unseres deutschen Empfindens auf dem Boden eines verbündeten Staates!

Aus Nr. 136 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 24. November 1911:

Schumlau.

Am 12. I. M. wurde bei uns das Kirchweihfest gefeiert. Infolge des schönen Wetters strömten von allen Seiten Gäste herbei. Unser Dörfchen füllte sich mal wieder nach langer Zeit mit vielen Deutschen und unwillkürlich wurde man an die schöne Zeit erinnert, wo es noch ganz deutsch war. Bald nach dem Gottesdienst strömte Jung und Alt ins Gasthaus, wo dem Tanze gehuldigt und heitere und ernste Gespräche geführt wurden. Unser Gesangverein trug einige schöne

deutsche Volkslieder vor und auf Anregung unseres Lehrers Jakob Jung wurden Sammlungen für den Deutschen Bund, den Lutherverein und das evang. Kinderheim in Stanislaw vorgenommen. Für den Deutschen Bund wurden 5 Kronen, für den Lutherverein 7 Kronen und für das evang. Kinderheim ebenfalls 5 Kronen gesammelt. Das Kirchweihfest nahm überhaupt einen fröhlichen Verlauf. Doch neben fröhlichen Gesichtern konnte man auch ernste sehen, von denen man die Sorge ablesen konnte. Die Zeit ist für uns eine ernste. Wir stehen nämlich vor der Gemeinderatswahl, und von dieser hängt das Schicksal der Deutschen in unserer Gemeinde ab. Die Wahlliste ist zwar so aufgestellt, daß die Deutschen in allen drei Wahlkörpern siegen könnten, wenn sie nur etwas zusammenhielten, aber sie sind uneins und werden fallen. Das ist es, was viele ernst stimmte und mit Sorge erfüllte. Wenn doch diese Zwietracht endlich aus unserer Gemeinde verbannt würde, doch mal die Stunde käme, wo die Deutschen vereint für ihr Wohl arbeiten würden. Sie werden vielleicht ihre Fehler einsehen, aber dann, wenn die Masuren über sie herrschen werden und wenn es zu spät ist. Sie sollten sich ein Beispiel an den Masuren nehmen. Diese leben ja auch nicht immer in Eintracht, wenn aber eine Wahl kommt, stehen sie da wie eine Mauer. Die Deutschen dagegen lassen gerade bei einer solchen Gelegenheit ihren Haß aus und schaden dadurch nur sich selbst.

Liebe Schumlauer, laßt euch darum belehren! Seid einig bei der Wahl und ihr werdet siegen! Die Uneinigkeit wird euch einen großen Schaden zufügen, der nicht mehr gut zu machen ist. Ihr werdet euch nicht nur selbst begraben, sondern auch euer schönes Dörflein mit seinen lieblichen Gärten und Fluren werdet ihr dadurch den Masuren preisgeben.

Aus Nr. 136 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 24. November 1911:

Die galizischen Sokolen.

Am 15. Oktober fand in Lemberg eine Tagung der Abgeordneten der galizischen Sokolvereine unter Vorsitz des Präsidenten des Verbandes, Dr. Fiszler (!), statt. Dem dort erstatteten Berichte entnehmen wir, daß zurzeit 232 Sokolvereine zum Verbande gehören, die 28 306 Mitglieder aufzuweisen haben. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen, die in den Sokolturnhallen Turnunterricht erhalten, beträgt 27 078. Die Einnahmen des galizischen Verbandes betrugen im Jahre 1910: 1 525 966 Kronen, die Ausgaben 1 257 353 Kronen. Sein Gesamtvermögen stellt einen Wert von 5 904 290 Kronen dar, nach Abzug der Lasten (Schulden) einen reinen Wert von 2 687 157 Kronen.

Beachtenswert ist, daß auf der diesjährigen Tagung die Stadt Lemberg zum Ehrenmitglied des Verbandes der Sokolvereine ernannt wurde in Anerkennung der Verdienste, die sie sich um die Körperpflege ihrer Bürger erworben hat.

Aus Nr. 136

des Deutschen Volksblatt für Galizien (Lemberg)

vom 24. November 1911:

Die Polen bei sich zu Hause.

Gelegentlich der letzten Sitzung der Kommission für kommunale Wahlreform der Stadt Krakau beantragte

der Pfarrer Dr. Caputa, Maßregeln zum Schutze des polnischen Charakters der Stadt Krakau zu treffen. Er führte hierzu aus, daß er dabei die Deutschen und die Tschechen (die aber doch so gut österreichische Untertanen sind wie die Polen) im Sinne habe, welche die Stadt und den Bezirk Krakau überfluteten. Er beantragte, daß das Wahlrecht für die Gemeinde in Zukunft nur denjenigen zustehen solle, welche das Polnische in Wort und Schrift beherrschen. Er motivierte diesen Antrag damit, daß derjenige, welcher weder national noch bürgerlich gesinnt sei und dem die Zuneigung der Stadt fehle, es auch nicht verdiene, das Wahlrecht zu besitzen. Der Antrag wurde angenommen; die Einzelheiten werden in einer späteren Sitzung zur Beratung gelangen.

Aus Nr. 136

des Deutschen Volksblatt für Galizien (Lemberg)
vom 24. November 1911:

Die polnischen Pfarrer auf der Kanzel als Feinde gegen das galizische Deutschtum.

Am Sonntag, den 19. d. M. kam Pfarrer Gorazdowski in der St. Nikolauskirche in seiner Predigt auch auf die Deutschen Galiziens zu sprechen. Vor allem warnte er diejenigen Gläubigen, „welche deutsch sprechen“ vor dem Lesen des Deutschen Volksblattes für Galizien.

Da sieht man wieder, daß die polnischen Pfarrer selbst in der Kirche, im Angesichte Gottes, das Heizen nicht lassen können.

Was sagt der Herr Erzbischof Wiber rekte Wilczewski dazu? Gehört die Heize gegen das galizische Deutschtum etwa schon zu den Funktionen eines Gottesdienstes?

